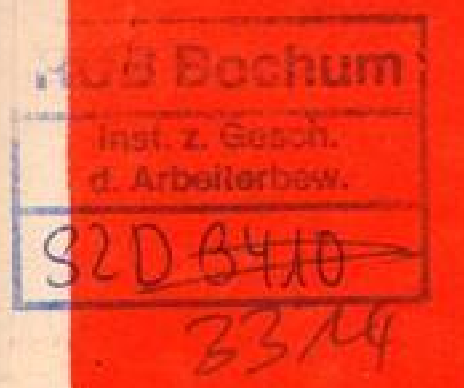
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

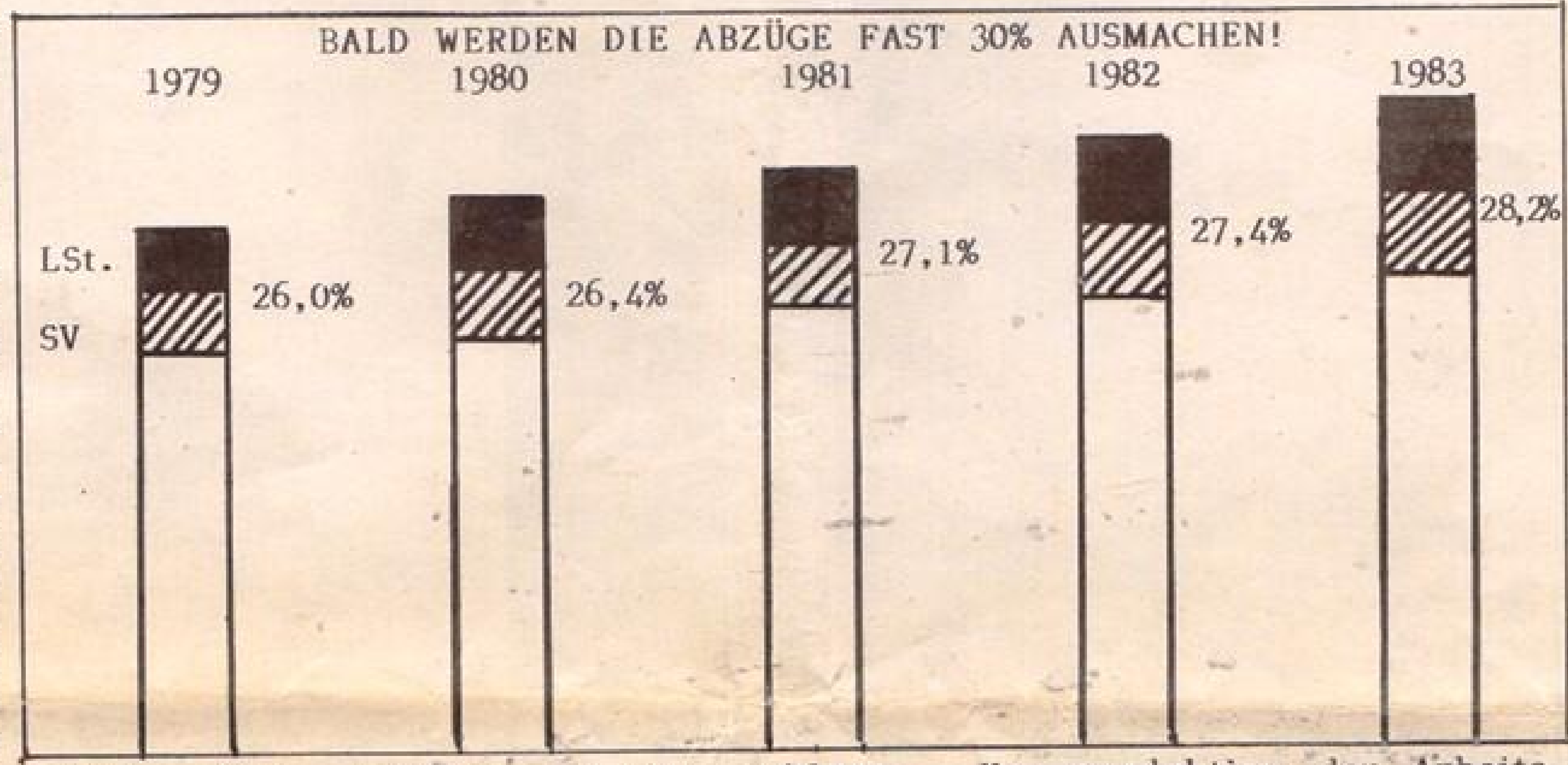
Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs



Preis: 8,- P.b.b.
Erscheint jeden zweiten Montag. Redaktion: Kleine Neugasse 11/18, 1050 Wien.
Abonnement: Jahresabonnement S 180,-. Halbjahresabonnement S 100,- Zu beziehen über: KB Österreichs — Vertrieb
Nr. 10/80
7.4.1980

BIS 1983 UM 40% MEHR LOHNSTEUER



Wann kommt die nächste Lohnsteuerreform?

Am 1.1.1979 ist die letzte Lohnsteuerreform in Kraft getreten. Um mehr als 16% pro Jahr waren die Lohnsteuerabzüge zwischen 1970 und 1978 gestiegen. Der Anteil der Lohnsteuer an den gesamten Einkommensteuern war von etwa 40% (1965) auf 60,3% (1978) gestiegen. In der Gewerkschaftspresse hieß es dazu: "Eine Sanierung des Budgets, die sich auf die Lohnsteuer bei weitgehender steuerlicher Entlastung der Gewinneinkommen stützt ... kann nicht erwünscht sein." ("Arbeit und Wirtschaft" 11/79) Eine Lohnsteuersenkung war Ende 1978 unumgänglich geworden. Die Reform vom 1.1. 1979 brachte jedoch keine spürbare Lohnsteuersenkung. Die Lohnsteuerauspressung hat auch seither rasant zugenommen. So kann es nicht mehr weitergehen. Die Regierung will jedoch die ursprünglich für 1.1.1980 ins Auge gefaßte "große Steuerreform", soweit es sich um Steuersenkung für die Arbeiter und Angestellten handelt, bis 1983 verschieben. Die ÖGB-Führung macht ihr die Mauer. Dafür sollen 1981 eine Reihe von bisherigen Steuervergünstigungen (wie z.B. Steuerfreiheit für Überstundenzuschläge, Karenzgeld, Sozialversicherungsbeiträge, Arbeitslosengeld etc.) "durchforstet" werden.

Die ständige Steigerung der Lohnsteuerausplünderung, Hand in Hand mit der Verstärkung der Ausplünderung durch indirekte Steuern, trifft die Arbeiter und Angestellten in einer Situation zunehmenden Lohnabbaus und zunehmender Beeinträchtigung der Reproduktion der Arbeitskraft. Die Arbeiterklasse wird von beiden Seiten her – von den Kapitalisten und vom Staat – in die Zange genommen. Sie muß sich auch nach beiden Seiten hin wehren.

Um die Steigerung der Ausbeutung wirkungsvoll zu bekämpfen, muß die Arbeiterklasse die Steigerung der staatlichen Ausplünderung bekämpfen.

Seite 4

Spendet fur das Rote Kreuz Kampucheas

Das Volk von Kampuchea, das vor fünf Jahren die amerikanischen Imperialisten aus dem Land gejagt hat, um die sozialistische Revolution einzuleiten, kämpft nun seit dem Einfall sowjetisch-vietnamesischer Truppen im Dezember 1978 gegen einen noch stärkeren und brutaleren Aggressor. In dieser ersten Phase des Partisanenkrieges gilt es heute, die gegnerischen Kräfte zu dezimieren, die eigenen Kräfte zu erhalten und zu stärken und das Überleben des kampucheanischen Volkes zu sichern. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea hat zur internationalen Solidarität aufgerufen. Jeder Schilling für das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea ist eine echte Hilfe für den Kampf um die Befreiung, ein Schlag gegen die vietnamesischen Aggressoren und zugleich ein Schlag gegen die kriegstreiberische Sowjetunion, die hinter Vietnam steht und Kampuchea nur als eine Station in ihrem Weltherrschaftsstreben betrachtet. So ist jeder Schilling für das Demokratische Kampuchea zugleich auch ein Beitrag für den Weltfrieden.

Das Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs hat zu einer öffentlichen Sammlung aufgerufen, durch die bis Juli dieses Jahres 200.000,- Schilling aufgebracht werden sollen. Je mehr Menschen sich an dieser Sammlung beteiligen, desto besser werden auch die Möglichkeiten sein, die Bundesregierung zu zwingen, diese Spenden zu verdoppeln und endlich die legitime Regierung des Demokratischen Kampuchea praktisch anzuerkennen und zu unterstützen.

AKH-SKANDAL

Skandale hat es in der letzten Zeit um den AKH-Neubau in Wien genug gegeben. Im Mittelpunkt der Massenerstattung der Massenmedien standen dabei verschiedene offenkundige Korruptionsfälle, die lange Bauzeit, die gigantischen Kosten und die gesamte Bau-Konzeption.

Darüber, wie in Wien und Umgebung jedoch die Gesundheitsversorgung aussieht, wie hier drastisch der Mangel an Spitalsbetten bereits seit Urzeiten ist und wie gleichzeitig der Bedarf danach weiter von Jahr zu Jahr steigt, war wenig bis nichts zu hören. Ebensowenig hörte man über die tatsächlichen Hindernisse bei der Errichtung des Monsterspitals, die vor allem im kapitalistischen Privateigentum bestehen.

So legt die bisherige Geschichte des AKH-Neubaus darüber Zeugnis ab, daß der Kapitalismus unfähig ist, elementare Lebensbedingungen, wie etwa die Gesundheitsversorgung zu garantieren.

Lesen Sie unsere Beiträge auf Seite 9.

Chemie-KV:

Statt Solidarität – 'Rette sich, wer kann'

Mit einer Forderung von 700,- Schilling Ist-Lohnerhöhung und 8% Kollektivvertrags-Lohnerhöhung ist die Fachgruppe Chemische Industrie in die heurigen Lohnverhandlungen gegangen. Außerdem wurde die Abschaffung der Lohngruppe 4b("sonstige Hilfsarbeiten") gefordert. Bei dem zu erwartenden Kurs der Chemie-Kapitalisten, hart zu bleiben und unter der Teuerungsrate abzuschließen, ist das Forderungsprogramm nicht geeignet, die Arbeiter der Chemiebranche für den Lohnkampf zusammenzuschließen. Selbst voll durchgesetzt würde es für fast die Hälfte der Arbeiter weiteren Reallohnabbau bedeuten. Der Kommunistische Bund hält dagegen die Forderung nach einer Ist-Lohnerhöhung von 8% verbunden mit einem Mindestbetrag von 700,- Schilling für notwendig. Auch die Kollektivvertragslöhne müßten soweit angehoben werden, daß der ständigen Erweiterung der Schere zwischen Mindestlöhnen und Ist-Löhnen endlich ein Riegel vorgeschoben wird.

Seite 6

Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Gustav Freudmann. Alle: 1050 Wien, Kleine Neugasse 11 / 18, Eigendruck.

Kampuchea-Solidaritätskampagne angelaufen

Bis Ende März wurden in Graz und Wien mit Agitationsständen mehr als tausend Schilling für das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea gesammelt.

Am Wiener Viktor- Adler-Markt wurde jeden Samstag ein Stand aufgebaut, wo über die Errungenschaften der kampucheanischen Revolution berichtet und gezeigt wurde, daß der Volkskrieg gegen die vietnamesisch-sowjetischen Aggressoren gerecht ist. Hundertfünfzig bis zweihundert Menschen haben dort bereits für das Demokratische Kampuchea gespendet.

"Viele Menschen zeigten großes Interesse an den Vorgängen in Kampuchea. Daß der bewaffnete Kampf notwendig ist, haben die meisten Menschen verstanden, wenn wir es ihnen ausführlich und anschaulich genug erklärten", berichtet die Ortsgruppe Wien.

Flugblattverteilen allein genügt nicht, das war eine wichtige Erfahrung. Man muß die Menschen anreden und im Gespräch überzeugen.

In den nächsten Wochen plant die Wiener Ortsgruppe ein verstärktes Auftreten und Sammlen vor den Industriebetrieben.





Agitationsstand auf dem Viktor Adler Markt in Wien

1.MAI 1980

Am 1.Mai geht es auch heuer darum, für den Klassenkampf, gegen das kapitalistische System, für den Sturz dieses Systems und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, gegen den Imperialismus und für die proletarische Weltrevolution aufzutreten und damit der herrschenden Klasse, aber auch den bürgerlichen Richtungen in der Arbeiterbewegung, dem Reformismus und Revisionismus entgegenzutreten. Am heurigen 1.Mai wird dies jedoch unter besonderen von den Vorjahren unterschiedlichen Bedingungen erfolgen. Der heurige 1.Mai wird - oberflächlich betrachtet - mehr noch als der der Vorjahre von den Sozialdemokraten und in zweiter Linie von den KPÖ-Revisionisten dominiert sein. Stand der 1.Mai 1979 bereits deutlich im Zeichen der Krise des Kommunistischen Bundes Österreichs, besonders in Wien, im Zeichen der Krise jener Organisation also, die bis dahin die revolutionäre Alternative gegen Sozialdemokratismus und KPÖ-Revisionismus darstellte und dies auch am 1.Mai praktisch zur Geltung brachte, - so hat sich der KB Österreichs vor kurzem gespalten. Die Krise des KB Österreichs, der Verfall unseres Einflusses im letzten Jahr, schließlich die jetzt erfolgte Spaltung, die mit all dem verbundene Reduzierung der organisierten revolutionären Kräfte - das wird seine Schatten auch auf den bevorstehenden 1.Mai werfen. Für unsere Organisation ist der 1.Mai 1980 ein Tag des Neubeginns, der organisierten revolutionären Arbeit und des Kampfes um den Neuaufbau des KB Österreichs.

Dabei stehen wir aber heute - wenige Wochen nach der Spaltung und der Neuformierung des KB Österreichs - erst am Anfang. Unter den gegebenen Umständen wird unsere Organisation ihr Auftreten am 1.Mai von Ort zu Ort verschieden, je nach den konkreten Umständen festlegen. In Wien wird es aber heuer keine kommunistische Maidemonstration geben. Überall werden wir den 1.Mai nutzen, um eine revolutionäre Propaganda zu entfalten, den Kampf gegen Reformismus und Revisionismus (einschließlich des "Rest-KB") zu führen, unseren ideologischen,politischen, organisatorischen Einfluß zu reorganisieren und zu erweitern, Fortschritte in den Schwerpunkten unserer Politik, im Kampf gegen die Steigerung der Ausbeutung und Ausplünderung sowie in der Unterstützungsarbeit für das Demokratische Kampuchea zu erzielen.

Den Aufgaben, die wir uns stellen, können wir nur selbständig und auf die eigenen Kräfte gestützt nachkommen. Wir werden heuer zum 1.Mai keine Aktionseinheiten eingehen. Auch nicht mit dem revisionischen "Rest-KB". Im Vorjahr gab es eine Aktionseinheit mit diversen Spielarten von Opportunisten in Salzburg, die dazu führte, daß zwar eine größere Anzahl von Leuten auf der Straße war, aber unter einer opportunistischen Orientierung, während die revolutionäre Propaganda in den Hintergrund gedrängt wurde. Viel entscheidender aber war die rechte Orientierung des ZK zum vorjährigen 1.Mai eine oder zwei Tagesfragen (zB die Forderung nach 35-Stundenwoche) in den Mittelpunkt, die revolutionäre Propaganda und den Kampf gegen Revisionismus und Reformismus ins zweite Glied zu stellen. Der 1.Mai wurde so zum Reformtag herabgewürdigt. Wir sind nicht prinzipiell gegen jeden Zusammenschluß mit einer anderen Kraft zum 1.Mai, aber das muß der Bildung eines revolutionären Flügels in der Arbeiterbewegung und dem Aufbau der Partei dienen. Eine Aktionseinheit mit Opportunisten nützt dazu nichts. Im Gegenteil.

Insbesondere wäre es ganz undenkbar, zum 1.Mai eine Aktionseinheit mit dem revisionistischen "Rest-KB" zu bilden. Wofür denn? Sicherlich würde es diesem Leichnam einer Organisation auf einige revolutionäre Phrasen nicht ankommen. Aber wäre es nicht völlig widersinnig, mit derjenigen Organisation, die den revisionistischen Flügel des alten KB, aufgeputzt um einige Zentristen und superrevolutionäre Schulmeister, darstellt, einer Kraft also, die in der Praxis den Aufbau einer Partei leninschen Typs erbittert bekämpft, am 1.Mai gemeinsam für die sozialistische Revolution und den Aufbau einer neuen kommunistischen Partei auftreten zu wollen?

Ein falscher 'KB'

Vor fünf Wochen hat eine außerordentliche Nationale Delegiertenkonferenz des Kommunistischen Bundes Österreichs beschlossen,mit dem bereits seit langem in unserer Organisation wuchernden Revisionismus und Liquidatorentum zu brechen und sich von ihm organisatorisch zu trennen. Seitdem ist der KB gespalten. Die Revisionisten und Reformisten verschiedener Schattierungen, die bei der Spaltung zurückgeblieben sind, nennen sich weiterhin "KB" und geben weiterhin eine Zeitung "Klassenkampf" heraus.

In dieser Zeitung wird neben allerlei Lügen über die Spaltung der Organisation vor allem der Eindruck verbreitet, es handle sich bei diesem Häufchen Revisionisten und Reformisten um die gleiche Organisation, die sich 1976 mit dem Ziel des Aufbaus einer neuen revolutionären Partei der Arbeiterklasse gegründet hat. Es ist allerdings kaum verwunderlich, daß als Begründung dafür nichts anderes anzuführen ist, als verschiedene Formsachen, wie etwa, wer den technischen Apparat besitzt (den sie usurpiert haben), usw.

Besser ist es allerdings, den Charakter dieser Organisation an ihrer Politik zu messen. Fünf Wochen sind zwar für die Beurteilung einer Organisation eine kurze Zeit, doch läßt sich einiges schon feststellen.

Da gibt es zum Beispiel die Kampuchea-Solidaritätsarbeit. Vor der Spaltung beschloß das Zentralkomitee des KB in ganz Österreich eine Kampagne zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea, das gegen die vietnamesischen Aggressoren und deren russische Hintermänner kämpft, durchzuführen. Die Durchführung dieser Kampagne war aber so gut wie unmöglich, da sie frontal auf den Widerstand der revisionistischen Kräfte stieß. Nicht zuletzt diese Erfahrungen zeigten damals, daß der KB drauf und dran war, die Farbe zu wechseln und endgültig zu einer bürgerlichen Organisation zu verkommen.

Sofort nach der Spaltung erschien regelmäßig auf der Titelseite der Revisionistenzeitung ein Insert, in dem zur Unterstützung Kampucheas aufgerufen wurde. Fast hätte man den Eindruck gewinnen können, daß sich der "Rest-KB" eines Besseren besonnen hätte. Dieser Eindruck war allerdings falsch.

In Wahrheit hat dieser "KB" außer dem regelmäßigen Insert bis heute nichts für Kampuchea getan. Weder hat irgendein Teil dieser Gruppierung in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit aufgetreten, noch hat es irgendwelche Aktionen gegeben. Ja, als vor zwei Wochen die Sozialministerin Kampucheas, Frau Ieng Thirith Österreich besuchte, setzte man zwar eine Diskussionsveranstaltung mit ihr an, mußte diese jedoch mangels Vorbereitung unmittelbar vor Beginn wieder absagen. Dieser unglaubliche Vorfall wurde dann dadurch kaschiert, daß die Revisionisten in ihrer Zeitung ein zwei Seiten langes Interview mit Frau Ieng Thirith in Fortsetzungen abdruckten.

Das kennzeichnendste Merkmal dieser seltsamen Unterstützung für Kampuchea ist aber die Tatsache, daß in dem seit fünf Wochen abgedruckten Insert zum Zweck der Spendensammlung ein Konto angegeben ist, das seit ebensolanger Zeit gar nicht mehr existiert. Hätte irgendeiner der Herren des "KB" auch nur einmal in diesen fünf Wochen daran gedacht, nachzuschauen, wieviel Spenden für Kampuchea bereits eingelangt seien, wäre dies wohl nicht möglich...

Im übrigen wurde in den fünf Wochen von niemand der Versuch gemacht, auch nur einen Schilling auf dieses Konto einzuzahlen. Das ist kein Wunder angesichts der Tatsache, daß die Revisionisten, die bereits seit Monaten jegliche praktische Tätigkeit der Organisation zu liquidieren trachteten, sich nun - endlich unter sich - vollends von der politischen Bildfläche ins Wirtshaus-Extrazimmer zurückziehen konnten. Überall dort, wo der KB seit jeher immer zu finden war, bei den Betrieben, auf der Straße, wird man sie jedenfalls vergeblich suchen.

So wie mit der Unterstützung Kampucheas halten es diese "Kommunisten" übrigens auch mit den anderen politischen Fragen. In ihrer - nur mehr in Notausgaben erscheinenden - Zeitung findet sich zwar neuestem zwar häufig das Wort "Arbeiterklasse", "Arbeiterbewegung", oder gar "Revolution", doch steckt nichts dahinter. Keine einzige politische Frage wird in dieser Zeitung unter dem Gesichtspunkt behandelt, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht nur "schlecht" ist, sondern vor allem beseitigt werden muß. In keiner einzigen für die Massen brennenden Frage gibt es Vorschläge, welche Schritte revolutionärer Politik gesetzt werden sollen und können. Wer sich - so wie die Führer des "Rest-KB" - mit der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft bereits im großen und ganzen ausgesöhnt hat, kann daran auch wahrlich kein Interesse finden.

Ein weiteres diesen "KB" bezeichnendes Merkmal ist die Geschichte mit der "politischen Auseinandersetzung zwecks Durchsetzung einer revolutionären Politik". Bei der Spaltung blieben nämlich nicht nur die offenen Revisionisten und Reformisten zurück, sondern auch eine Handvoll Ultralinker und eine Reihe von - gegen den Revisionismus des KB stets das große Wort führenden - Zentristen. Ein wesentliches "Argument" um die "Spalter" zu verunglimpfen, war bei diesen Herrschaften immer wieder, daß man den Meinungskampf auch in einer revisionistischen Organisation führen muß und daß auf der Delegiertenkonferenz ohnehin alles in revolutionärem Sinn geregelt werden könnte.

Nun, mittlerweile hat auch diese "Delegiertenkonferenz" ihren Abschluß gefunden. Nachdem sie sich über drei Wochen dahinschleppte und bereits von immer weniger Delegierten besucht wurde, ist die große politische Auseinandersetzung nun vorläufig beendet. Ergebnis: Eine Resolution, die festhält, daß Programm und Statut nicht außer Kraft gesetzt sind, sondern weiter gelten, ein dem Programm des KB auf der ganzen Linie widersprechender Aufgabenplan, dessen Kern es ist, die Massenarbeit endgültig zu liquidieren und stattdessen - über Richtigkeit oder Unrichtigkeit des Programms zu diskutieren.

Der mit großem Pomp angekündigte überarbeitete "Rechenschaftsbericht" fiel nicht nur durch, die DK war nichteinmal in der Lage, dazu eine mehrheitliche Resolution zu fassen.

Und schließlich wurde noch ein "ZK" gewählt, in dem sich Vertreter von allen Spielarten des Revisionismus, die im KB existieren, befinden.

Die Genossen, die für eine revolutionäre Politik sind und bedauerlicherweise noch der revisionistischen Organisation angehören, sind in diesem "ZK" nicht vertreten - als einzige Gruppierung. Eine ganze Reihe von ihnen hat sich schon während der "Delegiertenkonferenz" von dieser Organisation zurückgezogen.

Politisch ist diese Organisation, die sich zu Unrecht "KB" nennt und die zu Unrecht eine Zeitung mit Namen "Klassenkampf" herausgibt, bereits längst zerfallen. Für eine neue Linie findet sich derzeit keine Einheit. Bezeichnend ist der Umstand, daß frischgewählte "ZK"-Mitglieder gewissermaßen als Antrittstätigkeit - in ganz Österreich herumfahren und geheime Fraktionssitzungen abhalten.

So wie sich dieses Gebilde heute darstellt, ist es wenig wahrscheinlich, daß es sich noch einmal erholen kann. Doch der Verwesungsprozeß kann noch eine Weile dauern und dabei kann noch einiger Schaden angerichtet werden. Wir werden daher in nächster Zeit verstärkte Bemühungen setzen, diese falschen "Kommunisten" zu entlarven um bis zu ihrem schließlichen Untergang den Schaden, den sie anstiften, möglichst gering zu halten.



Die schmachvolle Flucht des US-Imperialismus. US-Botschafter G. Dean mit der amerikanischen Flagge im Nylonsackerl kurz vor seinem Abflug aus Phnom Penh. Die UdSSR hielt es mit ihrer Botschaft bei Lon Nol noch etwas länger aus - bis sie am 17.April 1975 höflich aber bestimmt auf den Heimweg geschickt wurde.



17.April 1975: Triumphale Begrüßung der Kämpfer durch die Bevölkerung. Auf dem Spruchband: "Es lebe die nationale Befreiungsarmee!"



Am 1.Jänner 1975 begann um 1 Uhr früh an allen Abschniten der Front um Phnom Penh die Schlußoffensive. Auf dem Bild ein von Raketen getroffenerUS-Tanker auf dem Mekong.



Teile von abgeschossenen US-Flugzeugen werden zu Kochtöpfen verarbeitet.

KAMPUCHEA: VOR 5 JAHREN SIEG ÜBER USA

Die kampucheanischen Massen kämpften schon jahrzehntelang gegen Imperialismus und Feudalismus. Gegen den französischen Imperialismus waren 1953 zwei Fünftel des Landes und ein Fünftel der Bevölkerung im bewaffneten Kampf befreit worden. Soweit damals der Kampf unter der Führung von Kommunisten stand, umfaßte er vietnamesische Minderheiten, so wie auch die Kommunistische Partei Indochinas eine vietnamesische Partei war. Der Kampf der breiteren kampucheanischen Volksmassen blieb ohne kommunistische Führung. Teilweise benutzten die Vietnamesen, die unter der Leitung der Indochinesischen Komunistischen Partei operierenden Kämpfer, Kampuchea einfach als Rückzugsgebiet, als Bereitstellungsraum für den Kampf in Vietnam. Auch als sich die Kommunistische Partei Indochinas 1951 dem Namen nach auflöste und die Revolutionäre Volkspartei Kambodschas gegründet wurde, blieb dies eine leere Hülle und von der Entwicklung in Vietnam und von den vietnamesischen Kommunisten völlig abhängig.

Heute fassen die kampucheanischen Kommunisten die Erfahrungen beim kampf bis zum Genfer Abkommen in drei Lektionen zusammen:

1. Der Kampf muß unabhängig und gestützt auf die eigene Kraft geführt werden.
2. Ohne Partei keine korrekte Linie, kein Sieg.
3. Ohne die Kräfte des Volkes unter Führung der Partei zu sammeln und diese Kräfte zu bewaffnen, kann man nichts erreichen.

1960 wurde von Khmer-Kommunisten gegen die Opposition der Kommunistischen Partei Vietnams, die die Khmer auf Sihanouk und den parlamentarischen Weg festigen wollten, die KP Kampucheas gegründet. Bis 1962 wurden vor allem in der Stadt Kämpfe gegen den US-Imperialismus für Demokratie und die Verbesserung der Lebenslage geführt. 1962 bis 1968 wurde der bewaffnete Kampf auf dem Lande vorbereitet. In einer Rede führte 1977 Pol Pot, der 1962 zum Sekretär des ZK gewählt wurde aus: "Warum haben wir das Land und nicht die Städte als unser Stützpunktgebiet betrachtet? (...) Die Städte können nicht unser Stützpunktgebiet sein. Sicher ist dort die Bevölkerung zahlreich, aber die Stadt ist klein und der Feind ist dort überall. Das Land dagegen ist weit, und der Feind ist zerstreut. (...) Das bedeutet, daß die Kräfte des Feindes auf dem Land schwach sind und Lücken aufweisen. Die Bauern sind sehr zahlreich, ihre soziale Zusammensetzung ist darüberhinaus vom Klassenstandpunkt betrachtet gut. Zur Vorbereitung des bewaffneten Kampfes und wegen der wachsenden Unterdrückung in Phnom Penh gingen auch fast alle ZK-Mitglieder in dieser Zeit auf das Land, so die späteren Minister der Königlichen Regierung der nationalen Einheit (GRUNK) und der heutigen Regierung des Demokratischen Kampuchea Ieng Sary, Ieng Tirith und Khieu Samphan. Dennoch wurde auch der Kampf in den Städten weitergeführt. So gab es z.B. 1964 große Demonstrationen von Zehntausenden zur US-Botschaft, wo die amerikanische Flagge verbrannt und die Räumlichkeiten zerstört wurden. 1965 mußte auf Druck der Massen die diplomatischen Beziehungen zu den USA nach Bombardierungen von Grenzdörfern durch die in Südvietnam stationierte US-Luftwaffe abgebrochen werden. Nach dem 1967 in Battambang Bauern gegen Grundbesitzer und Staatsgewalt bewaffnet, mit Äxten sich erhoben hatten, wurde 1968 zum allgemeinen Angriff auf die Staatsmacht an verschiedenen Punkten des Landes übergegangen. 1970 standen hinter der KP Kampucheas 50.000 lokal ansässige Guerillas und eine Parteiarmee von 4.000 Mann. Diesen raschen Zusammenschluß unter ihrer Führung konnte die KP Kampucheas nur erreichen, weil sie es verstand, den Kampf gegen feudale Ausbeutung mit dem Kampf gegen den Imperialismus zu verbinden. Das war auch die Grundlage dafür, daß der CIA-Putsch am 18.März 1970 und die US-Invasion am 1.Mai mit einem allgemeinen Gegenangriff beantwortet werden konnte.

1975, kurz vor der vollständigen Befreiung berichtete eine chinesische Journalistendelegation von ihrem Besuch unter anderem: "Die Kochtöpfe, die aus dem Metall der feindlichen Flugzeuge und Panzer hergestellt wurden, sind die anziehendsten Gegenstände. Eine Fabrik in Ost-Kampuchea produziert monatlich allein 1500 bis 1800 solcher Töpfe. Wenn die feindlichen Flugzeuge die Dörfer überflogen, sagten die Bauern: 'Führt Euch noch ein Weilchen wild auf, eines Tages werdet Ihr doch gute Kochtöpfe!"

Anfang 1973 mußten die Befreiungsbewegungen Südvietnams und Laos' mit der US-Regierung im Pariser Abkommen Waffenstillstand schließen. Die kampucheanische Befreiungsbewegung ging darauf trotz Druck Vietnams nicht ein und setzte den Kampf fort. Mit einem in der Geschichte beispiellosen Bombardement (pro Tag 300 Einsätze, mit Abwurf von 4000 bis 5000 Tonnen Bomben, was monatlich der Sprengkraft einer Hiroshima-Bombe entspricht) von 195 Tagen und Nächten wollten Nixon und Kissinger den Widerstand ausrotten. Doch die Überlegenheit der Waffen konnte den Kampfeswillen des Volkes nicht brechen. Im Mai 1973 wurde die erste der landwirtschaftlichen Genossenschaften gegründet, die später zur Grundlage des sozialistischen Aufbaus wurden. Neben dem Kampf wurden Lebensmittel produziert - unerläßliche Bedingung, um den Kampf führen zu können.



"Noch nie in meinem Leben habe ich so ausgedehnte Reisfelder gesehen", berichtete der tanzanische Botschafter + von seiner Reise durchs Demokratische Kampuchea. Schon 1976 gab es ausreichend zu essen. In der alten Gesellschaft konnten sich hingegen 75% der Bevölkerung, die armen Bauern und unteren Mittelbauern, nur 2-5 Monate durch ihre Arbeit auf dem Feld über Wasser halten. Um für den Rest des Jahres überleben zu können, mußten sie ihre Wohnung aufgeben, ihre Dörfer und Reisfelder verlassen und versuchen sich als Rikscha-Fahrer oder als Lastkranzieher zu einem armseligen Lohn zu verdingen. Drei Viertel der Bevölkerung hatte durch die Beseitigung der feudalen Ausbeutung nun einen Lebensstandard erreicht, den früher nur die 10% Mittelbauern hatten. Den Schlüssel zur Steigerung der Reisproduktion bildete die Bewässerung, weshalb Reservoir- und Dammbauten vorrangig betrieben wurden. In der Trockenzeit 1976/77 wurden Reservoirs aller Größen zur Bewässerung von jeweils 10.000 bis 40.000 ha erbaut, mit dem Gesamtbewässerungsvermögen von 150.000 ha. 1978 konnte die gesamte bewässerte Fläche auf 700.000 ha gesteigert werden. Die bewässerten Flächen ermöglichen zweimalige Reisernte jährlich. Die Pro-Hektarerträge betragen jeweils ca. 3 Tonnen. 1977 konnten bereits einige 10.000 Tonnen Reis exportiert werden.

Soweit es vor 1975 Industriebetriebe gab und diese zerstört waren, wurden sie wiederaufgebaut: Textil-, Jutesack-, Düngemittel-, Glas-, Zement-, Reifen- und Zuckerfabriken. Mehrere Kraftwerke, ein Stahlwerk, eine Dieselmotorenfabrik, zwei chemische Fabriken und der Wiederaufbau der Ölraffinerie waren geplant. Außer den Industrien wurden der Aufbau von Werkstätten und Kleinbetrieben, in den Genossenschaften vorangetrieben, die die Möglichkeit zur Entwicklung in spätere Industriebetriebe haben. Die vom Ausland unabhängige Entwicklung einer Leicht- und Schwerindustrie war möglich geworden, weil die Abschöpfung des Mehrprodukts der Werktätigen durch Feudale,Kapitalisten und Imperialisten beseitigt war und die Produktivkräfte durch die Vergesellschaftung Von Land und anderen Produktionsmitteln sich entfalten konnten.

Mit der Befreiung vom US-Imperialismus war der Sieg in der Nationaldemokratischen Revolution errungen und die erste Etappe der sozialistischen Revolution abgeschlossen. Mit der Flucht und Vertreibung der feudalen Gewalten vom Land und dem seit 1973 durchgeführten genossenschaftlichen Zusammenschluß war der Weg frei und die Grundlage geschaffen für den sozialistischen Aufbau der Gesellschaft.

Die Genossenschaften waren auch in der Lage, die Neuansiedler aus Phom Penh nach dem 17. April 1975 aufzunehmen. Phnom Penh war durch die Bombardements der US-Luftwaffe mit über 2 Millionen Flüchtlingen vollgepfercht und die US-Imperialisten ließen monatlich 30-40.000 Tonnen Nahrungsmittel in die Stadt einfliegen, um Soldaten für ihren Aggressionskrieg erhalten und aus der Bevölkerung rekrutieren zu können. Nach ihrem Rausschmiß hatten sie im Sinn, und ein solcher Plan wurde tatsächlich in der CIA-Hinterlassenschaft entdeckt, eine in der Hauptstadt erhoffte Hungernot zu Aufständen treiben und die Lage für einen neuerlichen Putsch nutzen zu können. Die Regierung führte hingegen alle Einwohner aufs Land und gab ihnen somit die Möglichkeit, sich dort zu ernähren, nach und nach wieder zurückzukehren zu können. Der größte Teil der aus der Stadt geführten Menschen waren aber Bauern, denen die Beendigung des US-Krieges wieder die Möglichkeit gab, sich auf dem Land niederzulassen.

Nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die handwerkliche und kleinbetriebliche Produktion wurde kollektiv in den Genossenschaften durchgeführt. Die Produkte dieser Tätigkeiten wurden weiterhin so wie im antiamerikanischen Krieg ohne Geld ausgetauscht - eine Einrichtung, die die Bourgeoisie aller Länder in hellste Aufregung versetzte. Durch die sowjetisch-vietnamesische Aggression, die große Teile des Landes und einen Teil seiner gesellschaftlichen Strukturen verwüstete, ist heute erneut die Basis für Privateigentum, Klein- und Warenproduktion gelegt. Entsprechend dem Stand, auf den die soziale Revolution in Kampuchea zurückgeworfen ist, hat auch das Programm der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Einheit Kampucheas 1979 auch wieder die Zulassung von Privateigentum an Produktionsmitteln (allerdings ohne die Zulassung der Ausbeutung anderer) und die Einführung einer nationalen Währung angekündigt, denn wo es Warenproduktion gibt, gibt es auch Geld. Die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren, die um das fehlende Geld genauso wie alle anderen Bourgeois ein großes Geschrei gemacht haben, haben bis heute kein Geld eingeführt - wenigstens kein kampucheanisches. In Phom Penh wird der vietnamesische Dong verwendet. Auf kulturellem Gebiet wurde bis 1977/78 die Analphabetenrate auf 10% gesenkt, die Malaria fast vollständig ausgerottet. Die Geburtenrate stieg von 40 auf 50 pro Tausend Einwohnern und die Sterberate fiel von 18 auf 13.

Im Kampf gegen die vietnamesisch-sowjetische Aggression geht es heut darum, die sozialistische Revolution, in der bereits mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen wurde, gegen den äußeren Feind zu verteidigen mit dem Ziel, die Arbeiter- und Bauernmacht unter der Führung der KP Kampucheas zu erhalten und im ganzen Land wieder zurückzukämpfen.





Wiedersehen mit Khieu Samphan (damals stellvertretender Premierminister der königlichen Regierung der Nationalen Einheit (GRUNK) mit Sihanouk (Premierminister) im März 1973 in einem der befreiten Gebiete.

Der Putsch der Lon Nol-Clique und die direkte Invasion des US-Imperialismus änderte nichts an den strategischen Zielen und Bedingungen der nationaldemokratischen Revolution. Die veränderten taktischen Bedingungen ermöglichten es der KP Kampucheas jedoch, die Einheitsfront bis zu taktischen Kräften wie dem patriotischen Teil des Feudaladels auszudehnen, die sich vor 1970 noch gegen die revolutionäre Bewegung gestellt hatten und, wie Sihanouk, für die Liquidierung aufständischer Bauern und Kommunisten direkt verantwortlich zeichneten. Auch andere Kräfte, wie der buddhistische Klerus, konnten gewonnen werden:" Indem wir unserer Linie der Einheitsfront folgten, haben wir alle nationalen Kräfte in einer breiten soliden Einheitsfront zusammengeschlossen, auf der Grundlage des Bündnisses der Arbeiter und Bauern unter der Führung der Partei. Wir haben fortgesetzt ausgezeichnete Ergebnisse in der Organisierung dieser strategischen und taktischen revolutionären Kräfte erzielt.

LOHNSTEUER: IN 4 JAHREN + 44%

Anfang 1979 war die "Große Steuerreformkommission" durch den Finanzminister eingerichtet worden. Ihre "Ergebnisse" waren ursprünglich für Mitte, dann für Ende 1979 angekündigt. Im Februar 1980 war es schließlich so weit: Die "Experten" legten 200 Abänderungsvorschläge zum Einkommenssteuergesetz vor. Androsch will gegen Jahresende eine Gesetzesnovelle ins Parlament bringen, die Mitte 1981 in Kraft treten soll. Die 200 Vorschläge der Kommission beziehen sich durch die Bank auf die "Durchforstung" des geltenden Gesetzes nach "Unzulänglichkeiten" und "Lücken". Die Frage einer Lohnsteuersenkung durch Erhöhung der Absetzbeträge oder Reduzierung der Progression für kleine und mittlere Löhne und Gehälter kommt dort überhaupt nicht vor. Androsch dazu: Das sei keine Angelegenheit der "Experten", sondern der Steuerpolitik. Und während an eine Reduzierung der Progression ohnehin erst 1983 zu denken wäre, stehe die "Durchforstung im Sinne der "Experten" bereits nächstes Jahr ins Haus. Den § 3 des Einkommensteuergesetzes bezeichnete Androsch als den "großen Aushöhlungsparagraphen". Dort sind Steuerbegünstigungen geregelt, z.B. für Überstundenzuschläge, für den 13. und 14. Lohn usw. Bekanntlich hatte der Finanzminister vor einiger Zeit die Ausdehnung der Lohnsteuerpflicht auf diese und andere Lohnbestandteile "zur Debatte gestellt". Die Industriellenvereinigung hat dies soeben neuerlich gefordert. Angesichts des Widerstands der Gewerkschaft und eines entsprechenden Beschlusses des ÖGB-Bundesvorstands ist Androsch aber von diesem Plan inzwischen abgerückt: Der 13. und 14. würden sicher nicht besteuert. Jedoch: Alle anderen Begünstigungen aus dem § 3 müsse man überprüfen. Dazu gehören unter anderem: Sozialversicherungsbeiträge, Familien- und Wohnungsbeihilfen, Arbeitslosen- und Karenzgeld u.a.m.

Die Steuerbegünstigungen der Lohnabhängigen aus dem § 3 bedeuten für den Staat übrigens "Einnahmensausfälle" von 18 Mrd. Während Androsch über diese "Verluste" wettert, ziehen die Kapitalisten aus den Begünstigungen für die veranlagte Einkommensteuer in Höhe von 72 Mrd. Nutzen! An den Absetzbeträgen und an der Progression soll sich nach dem Willen Androschs bis 1983 – dem nächsten Wahljahr! – nichts ändern. Nimmt man an, daß bis dahin die Löhne und Gehälter um durchschnittlich 5% pro Jahr steigen, dann würde das folgendes bedeuten:

	mittlerer Bruttolohn	Soz.Vers.	Lohnsteuer *)	Anteil d.Abzüge am Bruttolohn (in %)
79	8.932,-	1.210,50	1.113,30	26,0 %
80	9.379,-	1.250,85	1.225,30	26,4 %
81	9.848,-	1.331,55	1.335,-	27,1 %
82	10.340,-	1.371,90	1.461,-	27,4 %
83	10.857,-	1.452,60	1.604,20	28,2 %
Steigerung 79/80	21,6 %	20,0 %	44,1 %	

Die Lohnsteuerauspressung würde mehr als doppelt so schnell steigen als die Bruttolöhne. Der Anteil der Abzüge vom mittleren Bruttolohn würde auf 30% zugehen. Ausgehend von einem Bruttolohn von 15.000,- heute, würden die Lohnabzüge 1983 bereits 34% ausmachen. Eine solche Entwicklung muß den Widerstand der Lohnabhängigen gegen den Staat beträchtlich verschärfen. Zwar hat Androsch schon Zusagen von Benya, Dallinger und anderen Gewerkschaftsführern zur Unterstützung seiner Verschleppungstaktik, aber werden sie diese Taktik auch durchhalten können?

DIE GEWERKSCHAFTEN UND DIE LOHNSTEUERREFORM

Der ÖGB-Bundesvorstand hatte sich am 25.November 1979 mit der Frage beschäftigt. Ergebnis war ein (einstimmig beschlossenes) "Forderungsprogramm", in dem unter anderem (als eine von sechs Forderungen) auch eine "Änderung der Steuerprogression zugunsten der Arbeitnehmer" gefordert wird. (Die anderen Forderungen beziehen sich auf die Besteuerung der Kapitalisten.) Konkreter ist die ÖGB-Führung noch nicht geworden.

Anläßlich der Steuerreform 1979, die ja über die Absetzbeträge (statt über die Progression) ging, bezeichnete die ÖGB-Führung eine solche Lohnsteuerreform als "weitaus günstiger": Erstens würde es den Schlechterverdienenden relativ mehr bringen, zweitens beträfe es im Unterschied zu einer Progressionsänderung – auch die Pensionisten, drittens würde damit auch die Untergrenze, ab der der Lohn überhaupt besteuert wird, gehoben. Trotzdem nimmt die ÖGB-Führung heute, soweit überhaupt auf etwas, auf eine Reform der Progression Kurs. Demgegenüber kann man nur die Argumente, die die ÖGB-Führung selbst 1979 geltend gemacht hat, wiederholen. Es hat sich daran nichts geändert.

Im Vordergrund der Debatte anläßlich der Bundesvorstandssitzung Anfang März stand jedoch die Frage des Termins. Benya: Ein Termin vor dem 1.1.1982 (wie ihn z.B. KP- und VP-Gewerkschafter fordern) käme nicht in Frage. Der 1.1.1982 sei realistisch. Natürlich müsse Androsch für 1.1.1983 oder noch später eintreten, das sei seine Pflicht als Finanzminister, er – Benya – sei jedoch Gewerkschafter. Man könne nicht von einem Widerspruch zwischen ihm und Androsch sprechen, sie hätten eben verschiedene Funktionen wahrzunehmen. Inzwischen hat auch der Bau-Holz-Vorsitzende Rautner eine Lohnsteuerreform für "frühestens per 1.1.1982" möglich erklärt. Dasselbe Dallinger. Natürlich ist es der Gewerkschaftsführung nicht unbekannt, daß es gegen eine derartige Verschleppung in der Gewerkschaft Widerstand gibt.

Nähere Vorstellungen, worum es bei der vom ÖGB für 1982 ins Auge gefaßten Reform gehen soll, gibt es in der Öffentlichkeit kaum. Benya will die Progression für Einkommen bis 20.000,-, Dallinger auch für die Einkommen bis 30.000,- mildern, wobei aber auch dieser den "Progressionssprung" zwischen 10.000,- und 20.000,- für das "Hauptproblem" hält. Die Besteuerung für Einkommen von 30.000,- an soll gleich bleiben.

Vage Andeutungen, aber keine klaren Forderungen, Gerede, aber keine organisierte Willensbildung in der Gewerkschaft, Ausgehen von den Interessen der Regierung an der Budgetsanierung, statt von den Interessen der Arbeiter und Angestellten, und Verschleppung – das ist die Politik der ÖGB-Führung. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf diese Politik, daß der Mann, der in der Gewerkschaft am häufigsten zu "Problemen der Lohnsteuer" zu Wort kommt – Androsch ist, also gerade der Repräsentant des Staates, gegen den jede Lohnsteuerreform im Interesse der Arbeiter und Angestellten durchgesetzt werden muß.

UNSERE FORDERUNGEN:

Das Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs fordert hinsichtlich der Steuern die Abschaffung aller indirekten Steuern und die Bestreitung aller Staatsausgaben, soweit sie durch Steuern gedeckt werden, ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft. Die Forderungen gehen davon aus, daß der Staat ein Instrument der herrschenden Kapitalistenklasse ist. Während diese den Staat für ihre Interessen und gegen die Interessen des Volkes einsetzt, versucht sie die Finanzierung des Staatshaushaltes auf die Volksmassen abzuwälzen. Die Arbeiterklasse muß, will sie sich befreien, die politische Macht der Monopolbourgeoisie brechen und ihren Staatsapparat zerschlagen. Solange es diesen bürgerlichen Staat noch gibt, gilt es den Kampf gegen ihn zu führen und insbesondere auch gegen die staatliche Ausplünderung der Volksmassen zu kämpfen. Unsere Steuerforderungen gehen in die Richtung, daß diejenigen den Staat finanzieren, die sich seiner bedienen, nicht diejenigen, gegen die er gerichtet ist.

Was speziell die Löhne und Gehälter betrifft, treten wir dafür ein, daß ihre Besteuerung erst vom Durchschnittslohn aufwärts beginnen soll. Der mittlere Lohn (Mediallohn, d.h. daß 50% der Löhne und Gehälter darüber und 50% darunter liegen), betrug 1979 etwa 9.000,- Schilling und wird in diesem Jahr etwas 9.500,- Schilling erreichen.

Natürlich ist dieses Ziel nicht mit einem Schlag zu erreichen. Als erster Schritt dahin sollten jedoch bei der kommenden Lohnsteuerreform 25% des mittleren Lohns (bzw. Gehalts) der Besteuerung entzogen werden. Konkret würde das bedeuten, daß diese steuerfreien 25% an die Stelle des bisherigen Allgemeinen Absetzbetrages und des bisherigen Arbeitnehmerabsetzbetrages treten. Damit würde sich faktisch der Absetzbetrag von jetzt 650,- Schilling pro Monat zusätzlich 267,- Schilling Alleinverdienerabsetzbetrag auf 2.233,- Schilling (zusätzlich AVAB) erhöhen, also sich etwa verdreifachen. eine solche Reform würde für den mittleren Lohn eine Lohnsteuersenkung von etwa 450,- Schilling bedeuten.

DAS BRÄCHTE STEUERFREIHEIT FÜR 25% VOM DURCHSCHNITTSLOHN

	mit Alleinverdienerabsetzbetrag		ohne Alleinverd.	
	jetzt	entspr.unserer.Ford.	jetzt	entspr.uns.Ford.
Mittlerer Bruttolohn 1979	8.932,-	8.932,-	8.932,-	8.932,-
Sozialversicherung	1.210,50	1.210,50	1.210,50	1.210,50
Lohnst.Absetztbeträge	917,-	2.500,-	650,-	2.233,-
Lohnsteuer	846,70	403,30	1.113,30	670,-
Lohnabzüge/Summe	3.057,20	1.613,80	2.323,80	1.180,50
Nettolohn	6.874,80	7.318,20	6.608,20	7.051,50
Anteil d.Abz.v.Bruttolohn	23,0%	18,1%	26,0%	21,1%
Lohnsteuersenkung		443,40		443,0

Der Tabelle liegt der mittlere Lohn 1979 zugrunde. Für einen Lohn von 15.000,- Schilling wäre die Steuersenkung 522,50 Schilling, für einen von 20.000,- Schilling wäre sie 619,-. Die niedrigen Löhne würden relativ mehr von der Reform haben, aber die höheren würden deshalb nicht durch die Finger schauen. Die Reform, deren Auswirkungen in der Tabelle dargestellt sind, würde dazu führen, daß Löhne und Gehälter bis zu 6.000,- Schilling (ohne Berücksichtigung des AVAB) bzw. 7.400,- Schilling (mit AVAB) überhaupt nicht mehr besteuert würden. Für den Staatshaushalt würde dies Einnahmenausfälle von 14.8 Mrd. Schilling bedeuten. Das wären 29% der Lohnsteuer- und 7% der gesamten Steuereinnahmen.

Es ist selbstverständlich, daß eine solche Reform nur schwer und nur im Kampf gegen den Staat durchgesetzt werden kann. Wir geben uns bezüglich der Durchsetzung sammeln können. nen hin. Jedoch ist nur eine solche Forderung, die eine spürbare Lohnsteuersenkung für alle Arbeiter und Angestellten brächte, geeignet, damit sich die Arbeiterklasse und die anderen Lohnabhängigen dahinter zusammenschließen und Kräfte für ihre Durchsetzung sammeln kann.

Wir sind der Auffassung, daß

– eine Lohnsteuersenkung sofort notwendig wäre, jedenfalls aber zum frühestmöglichen Termin erfolgen müßte. Realistischerweise kann man aber nichts vor dem 1.1.1981 ins Auge fassen. Andererseits sollte die Arbeiterklasse aber auch keine weitere Verschleppung zulassen;

– eine Lohnsteuersenkung über die Absetzbeträge, nicht über die Progression laufen sollte. Außerdem wäre unsere Forderung ein Teilschritt, der auf das nächste größere Ziel – Steuerfreiheit bis zum vollen Durchschnittslohn – hingeht;

– jede Art von Ausdehnung der Lohnsteuerpflicht durch Beseitigung oder Einschränkung irgendwelcher Vergünstigungen des §3 für die Arbeiter und Angestellten abgewehrt werden muß;

– keine Erhöhung anderer Lohnabzüge (z.B. geplant bei der Arbeitslosenversicherung)

– keine Erhöhung oder Neueinführung indirekter Steuern zugelassen werden darf, wie dies insbesondere durch die geplante Erhöhung der Mineralölsteuer programmiert ist.

Man darf sich aber auch keine Illusionen machen, wie die herrschende Klasse bzw. die Regierung auf jeden Teilerfolg in diesem Kampf zu reagieren versuchen würde. Das erste wäre der Versuch, noch mehr zu den indirekten Steuern auszuweichen. Die Abschaffung der indirekten Steuern ist eine alte Forderung der Arbeiterbewegung. Die indirekten Steuern verschwinden in den Preisen und sind nicht direkt wahrnehmbar. Sie können im allgemeinen auch nur schwerer bekämpft werden. Österreich liegt, was den Anteil der indirekten an den gesamten Steuern betrifft, in Europa ganz weit vorn. Der ÖGB verlangt mehr "Durchschaubarkeit" des Steuersystems. Er meint damit "Durchschaubarkeit" des Einkommenssteuertarifs. Aber das Wichtigste im Sinn von mehr Durchschaubarkeit wäre die Einschränkung und schließliche Abschaffung der indirekten Steuern.

14.8 Mrd. Schilling sind einerseits viel Geld. Aber sie sind auch wieder relativ wenig verglichen mit den 72 Mrd., die sich die Kapitalisten an Vergünstigungen bei der Einkommenssteuer unter den Nagel reißen. Sie sind auch wenig verglichen mit den "Steuerausfällen", die dem Staat dadurch entstehen, daß die Kapitalgesellschaften nur etwa 10 bis 15% ihrer Gewinne (nach einer Schätzung der "Finanznachrichten") versteuern. Es ist also nicht so, daß die Regierung nicht auf "Steuerquellen" ausweichen könnte, bloß wird sie es nicht wollen, sondern dazu gezwungen werden müssen.

Auf den ersten Blick erscheinen alle Forderungen, die mehr als Kosmetik sind, die tatsächlich eine Besserung der Lage bringen als unrealistisch. Sie sind auch unrealistisch ohne Kampf der Arbeiterklasse. Sie sind unrealistisch, wenn die nächste Lohnsteuerreform zwischen einem Androsch und einem Benya ausgehandelt wird. Damit sie realistisch werden, muß die Arbeiterklasse den Widerstand gegen Ausbeutung und Ausplünderung verstärken. Dazu ist als erstes eine klare Orientierung notwendig. Dazu sind klare Forderungen notwendig. Der Durchschnittslohn darf nicht besteuert werden! Und als erstes müssen 25% davon der Steuer entzogen werden! Das ist die Richtung, in der gearbeitet werden muß, um der Steuerausplünderung wirksam entgegenzutreten.

Reform des Vorjahres: Lebensdauer-ein Jahr

Die Lohnsteuerreform vom 1.1.1979 geht auf Forderungen zurück, die der ÖGB bereits 1977 erhoben hatte. Ursprünglich hatte er eine Erhöhung der monatlichen Absetzbeträge von 553,- Schilling um 258,- auf 791,- Schilling pro Monat (ohne Alleinverdienerabsetzbetrag) bzw. von 766,- Schilling um 308,- auf 1.074,- Schilling (mit Alleinverdienerabsetzbetrag) gefordert, um aber im Herbst 1978 rasch davon abzurücken. Das Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierung betrug schließlich ungefähr die Hälfte: Erhöhung der Absetzbeträge um 117,- (ohne AVAB) bzw. 183,- Schilling (mit AVAB). Es war wirklich nur eine "kleine Steuerreform". Trotz der Reform war die Lohnsteuerauspressung 1979 bereits wieder wesentlich höher als 1978.

AUSWIRKUNGEN DER LOHNSTEUERREFORM

	mittlerer Bruttolohn	Lohnsteuer ohne AVAB	Lohnsteuer mit AVAB
Ø 1978	8.434,-	1.029,30	781,30
1.1. 1979	8.434,-	996,70	730,-
Ø 1979	8.932,-	1.113,30	846,70
Steigerungsrate 78/79	5,9%	8,2%	8,4%

Die Tabelle zeigt, daß die minimalen Lohnsteigerungen des Jahres 1979, die im übrigen keinerlei Reallohnsteigerung bedeuteten, sondern kaum mit der Inflationsrate mithalten konnten, genügten, um die Reform vom 1.1. bei weitem überzukompensieren. Deshalb wurde viel davon gesprochen, daß das nur eine "kleine Reform", sozusagen eine Überbrückung sei. Der ÖGB formulierte Anfang 1979 seine weiteren Vorstellungen für die "große Steuerreform". Es ist eine Tatsache, daß die Reform vom 1.1.1979 ebenso wie die der Jahre 1975, 1973 und 1971 nichts als kosmetische Operationen waren, mit denen sich die Regierung brüsten kann, die aber an der Lohnsteuerausplünderung nichts geändert haben. Im Gegenteil: Die Reform vom 1.1.1979 muß heute herhalten, um jede wirkliche Einschränkung der Lohnsteuerauspressung, ja auch nur jede neuerliche Minireform auf Jahre hinaus zu verschleppen.

Slowenenvertreter sprechen mit Bundesregierung

Am 28.März kam es wieder einmal zu einem – der nun bereits zum wiederholten Male abgehaltenen – Treffen zwischen der Bundesregierung und Vertretern der Kärntner Slowenen. Hauptgegenstand des Treffens, das am Vorabend von Kreiskys Jugoslawien-Reise stattfand, war von Seiten der Slowenen: Die Regierung muß endlich unseren Operationskalender zu verwirklichen beginnen. Von seiten der Regierung: Die Slowenen sollen endlich in unsere Volksgruppenbeiräte gehen.

Dr. Franci Zwitter, Vertreter des Zentralverbandes Slowenischer Organisationen erklärte, nachdem er vom Treffen kam, gegenüber dem KLASSENKAMPF, daß über den Operationskalender der Slowenen gesprochen worden sei. Diesbezüglich zeichne sich, was die Forderung nach finanziellen Zuwendungen an die Slowenen betreffe, eine Einigung ab. Wenig bis nichts konkretes habe sich hingegen in punkto der Forderung nach Zweisprachigkeit ergeben.

Hingegen habe die Regierung – in Anwesenheit von Vertretern Kärntner Parteien – die Slowenen aufgefordert in die Volksgruppenbeiräte zu gehen und "als Konzession" dafür eine Änderung der Zusammensetzung der Beiräte in Aussicht gestellt. Dazu sagte Dr. Zwitter: "Wir haben erklärt, daß wir zwar nichts dagegen haben, wenn die Parteien das wollen. Da das aber keine Forderung von uns ist, können wir es auch nicht als Konzession annehmen.


Dr.Franci Zwitter

Wir können uns keineswegs aufgrund einer solchen kleinen Änderung des Gesetzes dazu entschliessen, in die Volksgruppenbeiräte zu gehen".

Er wies auch darauf hin, daß – trotz der kürzlichen Begnadigung – weiterhin acht Verfahren gegen slowenische Aktivisten im Laufen sind und daß diese unverzüglich eingestellt werden müßten: "Dies ist unsere erste Forderung." Während die Regierung mit den Slowenen verhandelt, laufen in Kärnten die Vorbereitungen für die Feier des 60.Jahrestages der "Kärntner Volksabstimmung" auf Hochtouren. In demagogischer Weise hat Landeshauptmann Wagner dazu bekanntlich auch die Slowenen eingeladen. Inzwischen stellte sich allerdings heraus, daß seine Einladung bloß an die beiden slowenischen Kulturorganisationen gerichtet waren, weshalb die Adressaten die Einladung auch postwendend zurückschickten. Zu gemeinsamen Veranstaltungen am 10.Oktober sagte Dr. Zwitter: "Wir Slowenen haben im Gespräch mit dem Herrn Landeshauptmann unsere grundsätzliche Bereitschaft zur Teilnahme an den Erinnerungs-, ich will nicht sagen -feiern, an den Erinnerungsveranstaltungen gegeben. Natürlich unter gewissen Bedingungen. [illegible] staltungen [illegible] der Zusammenführung der Völker, der Völker[illegible] [illegible] Der 10.Oktober darf nicht als Sieg des Nationa[illegible] [illegible] Unsere [illegible] den Sprechern des Mehrheitsvolkes [illegible] ein Sprecher des Minderheitenvolkes bei der Veranstaltung seine Ansichten über den 10.Oktober und die Volksabstimmung vorbringen kann."

Dr. Zwitter denkt allerdings, daß gerade an dieser Forderung die von Wagner vorgeschlagene Zusammenarbeit [illegible] wird. Denn, obwohl er noch nicht endgültig Stellung nehmen wollte: "Man will nicht auch eine andere Meinung hören."

Die Situation ist charakteristisch für das, was gegenwärtig in der Minderheitenfrage vor sich geht:

Während die Regierung, die mit Härte gegenüber den Slowenen bisher nichts erreichen konnte, nun auf der weichen Welle schwimmt, weitere Prozesse einstellen, finanzielle Förderung geben und so die Slowenen umgarnen will, wird die alte chauvinistische Politik in Kärnten weiter betrieben. So soll der Eindruck entstehen, daß die Regierung nichts für die Lage in Kärnten kann. Und weiters soll wohl der Eindruck entstehen, daß die SPÖ im Prinzip ohnehin minderheitenfreundlich ist, und daß die chauvinistische Politik der Kärntner SPÖ deshalb nur auf den [illegible] "von rechts" der dort von ÖVP und FPÖ ausgeht zurückzuführen ist. Am liebsten wäre es der Regierung wohl, wenn [illegible] die Slowenen [illegible] wurden, daß sie, um die Kärntner SPÖ unter Druck setzen zu können, sich mit der Bundesregierung arrangieren müssen. Denn immer mehr redet sich die Regierung darauf hinaus, daß all die Forderungen nach zweisprachigem Unterricht, nach zweisprachigen Kindergärten etc. ausschließlich [illegible] der Kärntner [illegible] und sie deshalb in keiner Weise dafür verantwortlich sei.

Es wäre allerdings grotesk, würden die Kärntner Slowenen all die Kämpfe, die sie in den letzten Jahren geführt haben und die die Lage in Kärnten sowie die Lage der Minderheit wesentlich verändert haben, für nicht und wieder nichts, dadurch für nutzlos erklären, daß sie nach dem Willen der Regierung nun den Kampf einstellen. Dr. Zwitter sagte dazu: "Was erreicht wurde, wurde nur durch den Kampf und die Geschlossenheit der Minderheit erreicht. Wenn die Minderheit weiterhin geschlossen und kampfbereit bleibt, so glaube ich, daß doch, gerade auch aufgrund des heutigen Gespräches, hellere Perspektiven für die Zukunft gegeben sind. Natürlich nur unter der Bedingung, daß die Minderheit sich dessen bewußt ist, daß man seine Rechte niemals auf dem Teller serviert bekommt, daß man diese immer wieder erkämpfen muß."

BURGGARTEN:

Wiener Jugendliche kämpfen um Rasenfreiheit – und um mehr...

Nicht nur die ausländischen Touristen sind seit Frühlingsanfang wieder verstärkt in der Wiener Innenstadt zu beobachten. Es gibt auch eine ganze Reihe von Besuchern, die den Wiener Stadtvätern nicht im Mindesten willkommen sind: Wiener Jugendliche, die sich bereits im Vorjahr Woche für Woche im Wiener Burggarten versammelten – und die Woche für Woche mit Brachialgewalt aus den geheiligten Anlagen verjagt wurden.

Die Hoffnung der Wiener Behörden, die Bewegung für Rasenfreiheit im Burggarten würde sich über den Winter von selbst zerstreuen, hat sich nicht bestätigt. Erst vor vierzehn Tagen ist es – als Saisonauftakt gewißermaßen – zur ersten größeren Burggartenschlacht des heurigen Jahres gekommen.

Der Grund dafür, warum ebenso wie im Vorjahr die Staatsgewalt auch der heurige Winter versagte, ist einfach zu finden: Weder der Polizeiknüppel, noch der nette Herr Stadtrat Zilk und auch nicht der lange Winter haben nämlich den Jugendlichen das gebracht, worum es ihnen geht: einen Ort, wo sie sich frei versammeln können, wo sie der Ausplünderung des kapitalistischen Unterhaltungsbetriebes entgehen können, wo sie sich aufhalten können, ohne daß dies mit Bevormundung und Schikane verschiedenster Art verbunden ist. Der Polizeiknüppel, der Herr Stadtrat und der Winter – weder haben sie den Jugendlichen das Geld dazu gebracht, die kapitalistischen Freizeiteinrichtungen benutzen zu können, noch haben sie in ihnen die Lust geweckt sich in den "Jugendzentren" der Gemeinde Wien den Kopf mit sozialdemokratischem und anderem reaktionären Gedankengut vernebeln zu lassen.

So einfach wie also der Grund für die wiedergekehrte Auseinandersetzung um den Wiener Burggarten zu finden ist, so einfach wäre auch das Problem selbst zu lösen: indem den berechtigten Forderungen der Jugendlichen entsprochen wird.

Für die Gemeinde ist das aber aus mehreren Gründen eine völlig unakzeptable Lösung. Denn erstens geht sie davon aus, daß die Jugend schon ganz allgemein gefährlich ist und auf keinen Fall "allein gelassen" werden darf. Die Jugend ist noch viel zu wenig in das ganze kapitalistische Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem hineingezwängt, hat sich viel zu wenig daran gewöhnt, hat es noch viel zu wenig akzeptiert. Gerade die Jugend muß man also fest im Griff haben – sonst könnten dort gar noch revolutionäre Gedanken und im Gefolge revolutionäre Schritte entstehen.

Und dies trifft zweitens insbesondere auf die Jugendlichen zu, die – im Sinne der Gemeinde – bereits so weit entartet sind, daß sie es als die größte Selbstverständlichkeit betrachten, sich ihre Rechte – dort wo sie ihnen vorenthalten werden, einfach zu nehmen. Gerade sie sind ja immer wieder ein besonderer Unruheherd und gehören unter ganz besonders strenge Kontrolle.

Und wenn dann drittens diese Jugendlichen sich diese Rechte auch immer dann noch nehmen wollen, wenn ihnen der bürgerliche Staat auf seine unmißverständlichste Art – mit Gewalt – bereits nachgewiesen hat, daß sie das zu tun haben, was man ihnen anschafft, dann hört sich doch wirklich alles auf.

Aus diesem einfachen Grund kann und will die Gemeinde von sich aus den Konflikt nicht lösen.

Und so entwickelt sich die Sache immer mehr in eine Richtung, die der Staat erst recht vermeiden will: Die Fronten verhärten sich, die beiden Seiten kämpfen immer erbitterter, aus dem Kampf um ein Platzerl, wo man sich im Sommer ungestört niederlassen kann, wird auf Seiten der Jugendlichen viel mehr. Dabei hat es bei ihnen natürlich schon mit mehr angefangen. Denn die Wiener Jugendlichen haben ja mit der Gemeinde schon genügend Erfahrungen sammeln können. Ganz abgesehen von den Polizeieinsätzen und regelmäßigen Schließungen der Jugendzentren, in denen sich ausnahmsweise einmal nicht die "Animatoren" (sprich: Erzieher) der Gemeinde, sondern die Jugendlichen durchsetzen, ist es ja nicht einmal noch 5 Jahre her, als die Gemeinde die ARENA gegen die massiven Proteste tausender Jugendlicher niederreißen ließ. Viele Jugendliche haben also schon von Anfang an gewußt, daß von der Gemeinde friedlich nichts zu bekommen ist. Dementsprechend sind sie auch nicht etwa erst zum "Bürgerservice-Stadtrat" Zilk gegangen, um sich dort von Anfang an einen Korb zu holen, sondern sie haben sich einfach in den Burggarten gesetzt.

Die Härte, mit der die Jugendlichen Woche für Woche in den Burggarten gehen, läßt sich auch mit dem Burgarten allein gar nicht mehr erklären. Tatsächlich ist ja eine Parkanalge sicherlich nicht der ideale Aufenthaltsort – nicht einmal im Sommer. Aber in den Burggarten gehen die Jugendlichen auch schon, um zu demonstrieren, daß sie sich von den bürgerlichen Politikern und den Behörden nicht unterkriegen lassen wollen. Und obwohl sie damit rechnen müssen, dort Woche für Woche von der Polizei verprügelt zu werden, gehen sie hin – schon allein, um zu zeigen, daß sie sich vor der Polizei nicht fürchten, und trotz der Polizei an ihren Forderungen festhalten.

Es gibt hier also eine Pattstellung: Die Gemeinde weigert sich, die Forderungen der Jugendlichen zu erfüllen, die Jugendlichen weigern sich, von ihren Forderungen – praktisch – abzurücken. Zwar verfügt die Gemeinde über die Staatsgewalt, aber in dem Maß, wie sie sich diese einzusetzen getraut, reicht diese nicht aus, um die Jugendlichen zurückzuschrecken.



Wer seine Freizeit nicht in einer tristen Umwelt verbringen will, die nicht von seinen, sondern von den kapitalistischen Profitinteressen bestimmt wird, der kann sich eines Tages leicht vor [illegible] Alternative finden.

Die Bewegung der Jugendlichen wird über den Sommer gewiß noch stärker werden, als sie bisher war. Trotzdem fehlt ihr ein wesentliches Element für den Sieg: Die Sympathie und Unterstützung der älteren Generation. Es ist der Bourgeoisie einiges wert, die absurdesten Lügen über die Jugendlichen zu verbreiten, um die ältere Generation gegen sie aufzuhetzen. Man erinnere sich nur an die massive Lügenpropaganda der bürgerlichen Zeitungen im Zusammenhang mit der Besetzung der – inzwischen im Triumph abgerissenen – Phorushalle.

In diesem Frühjahr und Sommer soll es also nicht bloß, weiterhin in den Burggarten zu gehen, sondern es ist auch unbedingt nötig, die breite Masse der Wiener Bevölkerung über die Ziele der Burggartenbewegung und über die wahren Wurzeln des Konflikts aufzuklären.

Letztendlich werden die Jugendlichen die Älteren gewiß auf ihrer Seite haben. Jeder will, daß seine Kinder unter anständigen Bedingungen aufwachsen können. Keiner will seine Kinder Woche für Woche von der Polizei halb totprügeln lassen, nur weil sie für eine gerechte Sache eintreten. Letztendlich wird die Gemeinde sicherlich dabei scheitern, die Eltern gegen ihre Kinder zu hetzen. Die Burggartenbewegung, die dies bereits erkannt hat, will aus diesem Grund nun auch verstärkt Informationsstände in der Stadt organisieren, um die Massen aufzuklären.

Wir Kommunisten müssen diese Bewegung unbedingt unterstützen. Unser Platz muß immer an der Seite der Unterdrückten und Entrechteten sein. So auch bei der Burggartenbewegung, die immer mehr [illegible] gegen [illegible] Zwang der Erziehung des bürgerlichen Staates zu [illegible].

Statt Solidarität: Rette sich wer kann!

Erster Termin für die heurigen Lohnverhandlungen der Chemieindustrie: 10.April 1980. Der Fachgruppenausschuß der Fachgruppe Chemische Industrie in der Chemiearbeitergewerkschaft hat beschlossen, 700,- Schilling Ist-Lohn-Erhöhung, 8% Erhöhung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne und die Abschaffung der Lohngruppe 4b ("sonstige Hilfsarbeiten") zu fordern. Den Anriffen der Kapitalisten setzt dieses Forderungsgramm nicht viel entgegen. Denn selbst die Durchsetzung der Forderungen würde für 'e Hälfte der Arbeiter noch immer einen bbau gegenüber dem Vorjahr bedeuten.

olportiert die bür- 'ie Sprüche von ends, General- Austria, aus der Zeit- rbandes agt darin, ne Kapital ig wie früher stiert, und be- it, daß "die Ge- . der Unternehmen i dem Personal- und ein Ausmaß erreicht" das das Interesse von investitionen von Österweg nach anderen Ländern e".

Mit anderen Worten: das Billiglohnland Österreich ist ihm nicht mehr billig genug.

Auch Wolfgang Unger, Generaldirektor der "Chemia", die einen Teil der Tochtergesellschaften des deutschen Bayer-Konzerns in Österreich kontrolliert, findet Österreich nicht mehr attraktiv. "Wir sind in Österreich bereits jenen Schritt zu weit gegangen, der die für die weitere Entwicklung und den Strukturwandel notwendige Flexibilität einschränkt. Wir haben nämlich bereits den Schritt vom Versicherungs- zum Versorgungsstaat gemacht."

Österreich also ein Versorgungsstaat, ein Staat, in dem mancher Arbeiter nach viermal vierzig Stunden Arbeit mit viereinhalbtausend Schilling nach Hause geht.

Dabei können sich die Chemieindustriellen über die Entwicklung ihrer Konkurrenzfähigkeit keineswegs beklagen, 40% der Unternehmen haben im letzten Halbjahr 79 ihre Exportumsätze steigern können. Auf wessen Kosten das vor sich geht, hat am augenfälligsten die Semperit im letzten Jahr vorexerziert. Nicht nur die eigene Belegschaft, sondern die ganze Branche haben die Semperit-Kapitalisten erpreßt, indem sie gedroht haben, den Kollektivvertrag einfach platzen zu lassen und die vereinbarte Erhöhung nicht auszuzahlen. Die übrige Chemieindustrie war selbstverständlich bereit gleich mitzuziehen und den ganzen KV als Fetzen Papier zu behandeln.

Sind die Unternehmer voriges Jahr mit solchen Erpressermethoden durchgekommen, werden sie heuer nicht darauf verzichten. Dagegen sich zu rüsten wäre dringend notwendig gewesen, schon in der Vorbereitungsphase für die Verhandlungen.

Doch anstatt Maßnahmen zu treffen, um die Branche für den Lohnkampf zusammenzuschließen und zu vereinheitlichen, hat der Fachgruppenausschuß auch heuer wieder darauf verzichtet, auch nur eine Betriebsrätekonferenz einzuberufen, "weil man 900 Betriebsräte nicht auf einen Fleck zusammenbringen kann".

Die letzte Betriebsrätekonferenz, wo über eine Lohnforderung beraten und beschlossen wurde, war vor zwei Jahren, und die war nach den Verhandlungen, und diente nur dazu, das Ergebnis abzusegnen.

Die meisten der 900 Betriebsräte kriegten nur einen Brief ins Haus, in dem ihnen die beschlossenen Forderungen mitgeteilt wurden mit dem Nachsatz: "In jenen Unternehmen, deren Ertragslage günstig ist, oder wo der Lohnfaktor es erfordert, haben die Betriebsräte die Möglichkeit, innerbetriebliche Lohnregulierungen anzustreben und, falls nötig, dies mit gewerkschaftlicher Unterstützung durchzusetzen."

Meint ein Betriebsratsobmann eines Wiener Mittelbetriebes: "Für uns is des net so schlimm, in meiner Firma, da kriag i alle Jahr was dazua. Vuriges Jahr, des war sicher für viele a Reallohnabbau. I hab no sovü kriagt daß die Leut wenigstens kan Lohnverlust habn. Gspiart habns nix von der Erhöhung, aber sie habn wenigstens kan Verlust ghabt. Am schlechtesten dran san die klanen Betriebe, die allan zu schwach san. Vur zwar Jahr, da wars a aso. Da geht der Martinkowitsch von der Unilever hin zum Betriebsratsobmann von der Persil, weil si der beschwert hat, daß der Abschluß so niedrig war, und sagt zu eahm: Schau, du machst dir des eh in dein Betrieb aus.

I hab anige, die san harte Burschen, die machen schon an Druck, aber sunst..."

Zum Forderungsprogramm der Fachgruppe haben wir schon in der letzten Nummer des KLASSENKAMPF Stellungenommen. Inzwischen ist noch bekanntgeworden, daß auch die Beseitigung der zweiten Hilfsarbeiterlohngruppe, der Gruppe 4b gefordert werden soll. Das ist selbstverständlich eine äußerst begrüßenswerte Forderung, denn die Spaltung durch die verschiedenen Lohngruppen ist auch in der Chemiebranche besonders krass. Und eine Lohngruppe, die einen Nettobetrag von viereinhalbtausend Schilling bedeutet, gehört sowieso weg.

Doch ist auch die Hilfsarbeiterlohngruppe 4a alles andere als glänzend. Der Mindestlohn liegt hier nur um rund dreihundert Schilling höher, nämlich knapp über sechstausend Schilling brutto. Ohne eine allgemeine starke Anhebung der Mindestlöhne würde die Durchsetzung dieser Forderung zwar die Reduzierung von acht auf sieben Lohngruppen bedeuten, aber trotzdem noch ungenügend sein, um die Aufsplitterung wesentlich zu verringern.

Die äußeren Bedingungen für einen erfolgreichen Lohnkampf wären derzeit nicht schlecht. Der Rückgang des Beschäftigtenstandes in der Chemieindustrie ist weitgehend zum Stillstand gekommen, bei über einem Drittel der Betriebe wurde ab Herbst sogar aufgestockt. Die Unternehmer haben Aufträge und ernsthafte Kampfmaßnahmen der Arbeiterschaft würden sie sicherlich treffen. Für die Arbeiter besteht kein Grund, warum sie heuer einen weiteren Reallohnabbau kampflos hinnehmen sollten. Im nächsten Jahr kann es schon wieder schwieriger sein. Es wird auf jeden Fall schwieriger, wenn durch die Ergebnisse der heurigen Lohnrunde die Spaltung unter den Arbeitern noch verschärft anstatt verringert wird.

In der folgenden Tabelle wird gezeigt, wie sich die Forderung des Fachgruppenausschusses (700,- Schilling für alle) auf die Ist-Löhne in den verschiedenen Lohngruppen auswirken würde, und zum Vergleich darunter, wie die Forderung, die wir für richtig halten, nämlich 8% und mindestens 700,- Schilling, sich auswirken würde. Das Ergebnis: bei der 700,-Schilling-Forderung liegt das Netto-Ergebnis für die Lohngruppen 1a,1b,2a und 2b unter der zu erwartenden Teuerungsrate von 5,5% bis 6%. Diese Lohngruppen machen aber 45% aller Chemiearbeiter aus.

			mit Alleinverdienerfreibetrag			ohne Alleinverdienerfreibetrag		
Lohngruppe		Brutto	Netto	Netto-Erhöhung		Netto	Netto-Erhöhung	
1a u.1b	derzeit	11.900,-	8.578,-			8.320,-		
	+ 700,-	12.600,-	8.988,-	410,-	4,6%	8.720,-	400,-	4,8%
	+ 8%	12.850,-	9.134,-	547,-	6,3%	8.876,-	556,-	6,5%
2a u.2b	derzeit	10.700,-	7.898,-			7.631,-		
	+ 700,-	11.400,-	8.302,-	404,-	5,2%	8.036,-	405,-	5,3%
	+ 8%	11.556,-	8.392,-	494,-	6,3%	8.125,-	494,-	6,4%
3a u.3b	derzeit	9.200,-	6.981,-			6.715,-		
	+ 700,-	9.900,-	7.415,-	434,-	6,2%	7.148,-	433,-	6,5%
4a	derzeit	8.400,-	6.491,-			6.225,-		
	+ 700,-	9.100,-	6.922,-	431,-	6,6%	6.656,-	431,-	7,0%

Metall-Gewerkschaftstag: Nur keine Festlegungen!

Die Vorbereitungen für den 12. Gewerkschaftstag der Metall- und Bergarbeiter vom 5. bis 12. Mai sind bereits abgeschlossen. Die Landeskonferenzen sind gelaufen und haben ihre Anträge an den Gewerkschaftstag gestellt. Vorbereitet wurden die Landeskonferenzen durch Bezirkskonferenzen, zu denen jeweils die Betriebsräte eines Bezirks delegiert waren. Eine Vorbereitung der Bezirkskonferenzen durch Diskussionen in den Betrieben und Betriebsversammlungen ist nicht vorgesehen.

Die Redner des Zentralvorstands nützten die Landeskonferenzen hauptsächlich dazu, die "Stabilitäts- und Vollbeschäftigungspolitik" der Regierung zu beweihräuchern.

Die Anträge betreffen Forderungen nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Nacht- und Schichtarbeiter, Erleichterungen für Schwerarbeiter, Soziallohn für ältere Arbeiter, die Angleichung der arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen für Arbeiter an die für Angestellte, aber auch nach Weiterführung der "Vollbeschäftigungs- und Stabilitätspolitik".

Mit den Lohnverhandlungen im Herbst wird sich nach Zentralsekretär Sagmeister der Gewerkschaftstag nicht befassen. "Auf dem Gewerkschaftstag wir sowieso ein Zentralvorstand gewählt, und der wird dann das Vorgehen zu den Lohnverhandlungen festlegen".

Zur Frage der Arbeitsbedingungen sagte Sekanina auf der steirischen Landeskonferenz: "Die Gewerkschaft Metall, Bergbau, Energie wird ausgehend vom 12. Gewerkschaftstag eine Kampagne führen, die Arbeitserleichterungen für Schwerarbeiter bringen muß."

Und ähnlich konkret zur Lohnsteuerreform: "In einem überschaubaren Zeitraum muß es zu einer Reduzierung der Steuerbelastung für Arbeitnehmer kommen".

Die allgemeine Richtung, in die der Gewerkschaftstag gehen wird, meint Sagmeister schon angeben zu können: "Die meisten Anträge fordern die Vollbeschäftigungspolitik". Wie die in Zukunft ausschauen soll? "Na so, wia ma 's bisher auch g'macht haben. Schaun S', mir könnten ja 20% auch verlangen, so wie in England, aber dann sind halt so und so viele Arbeiter nimmer am Arbeitsplatz".

Daß es im vergangen Jahr einen Reallohnabbau bei den Metallarbeitern gegeben hat, kann Sagmeister nicht finden. "Schauns, ma muaß alles zusammenrechnen, es san ja auch die Abfertigungen erhöht worden und die Zulagen."

Allzuviel wird von diesem Gewerkschaftstag wohl nicht zu erwarten sein. Eine neuerliche Festlegung darauf, jedes Zurückweichen vor dem Kapital mit der "Erhaltung der Arbeitsplätze" zu begründen, eine vage Kampagne zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Schwerarbeiter, die jeden Raum für Einschränkungen auf minimale Gruppen von Arbeitern läßt, und keinerlei Festlegungen zur Verhinderung eines weiteren Reallohnabbaus.

Wenn auch die Weichen in diese Richtung schon gestellt sind, ändert das nichts daran, daß der Kampf gegen die Steigerung der Ausbeutung trotzdem notwendig ist. Zumindest in der Frage der Arbeitsbedingungen scheint die Gewerkschaftsführung auf Grund des Drucks von unten nicht mehr darum herumzukommen, wenigstens etwas zu tun. Wir Kommunisten werden uns in diese Kampagne einschalten müssen und klarstellen, daß es heute nicht mehr genügt, nur für die am schwersten Betroffenen Erleichterungen zu verlangen, sondern daß das Ziel eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung sein muß. Daß es nicht genügt, nur Erleichterungen für Schichtarbeiter zu verlangen, sondern daß das Verbot der Nacht- und Schichtarbeit das Ziel des Kampfs sein muß. Daß auch das Verbot der Akkordarbeit in der Nacht nur ein Schritt sein kann zum generellen Verbot der Akkordarbeit.

Sowie die Diskussion über die Schwer- und Schichtarbeit in der Gewerkschaft etwas breitere Ausmaße annahm, begannen auch die Unternehmer, ihre Position klarzulegen: "Auf Schichtarbeit kann nicht verzichtet werden!" schreibt die "Industrie". "Alle kapitalintensiven Betriebe haben naturgemäß ein sehr großes Interesse daran, ihre Investitionen bestmöglich zu nutzen...

Fremdkapitalzinsen für Kredite zur Finanzierung von Investitionen müssen auch dann voll bezahlt werden, wenn die Maschinen nur einschichtig eingesetzt werden können. Dasselbe gilt auch für die Abschreibung, denn es ist weniger die Abnutzung der beweglichen Teile als vielmehr die Veralterung der Maschinen, welche unerbittlich stattfindet und demgemäß ihren Niederschlag in der Kostenrechnung finden muß."

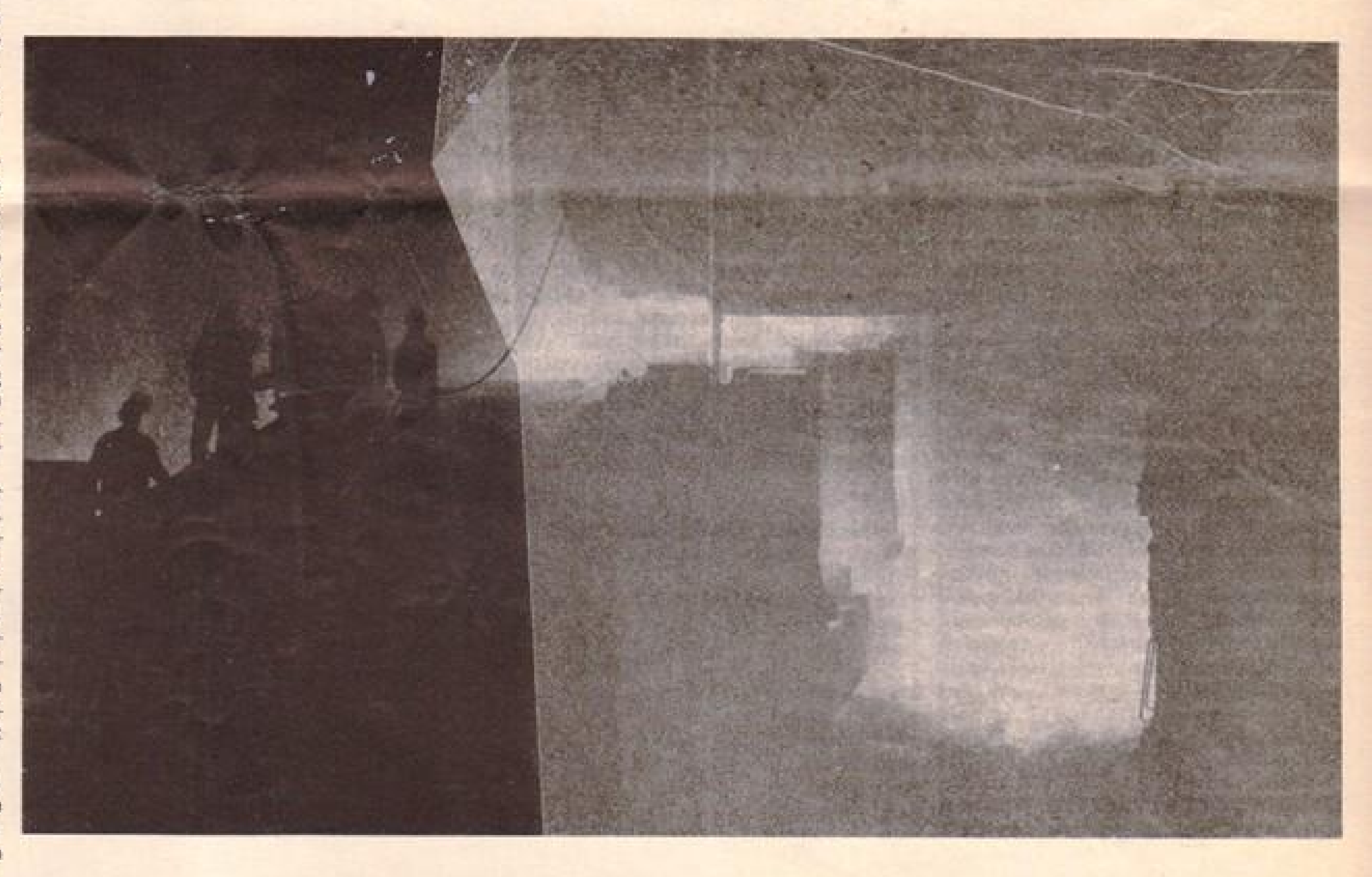
Der Artikelschreiber, Vorstandsmitglied von F.M.Hämmerle, schließt eine Rechnung an, in der er nachweist, daß er bei 1 Meter Hemdenstoff zu S 24.5o nur bei Dreischichtbetrieb 38 Groschen Gewinn machen kann, während er bei Zweischichtbetrieb oder Normalarbeitszeit nur mehr Verlust bauen würde. "Und somit gebe ich die Frage der Schichtarbeit zurück an die Arbeitsmediziner und Soziologen".

Genau auf diese Argumentation läßt sich die Gewerkschaftsführung einschworen. Erleichterungen ja, abschaffen nein. Denn das würde die Arbeitsplätze gefährden, wobei gefährdete Arbeitsplätze schon lange gleichbedeutend mit gefährdeten Gewinnen sind.

Für die Arbeiter kann es aber nur darum gehen, den Ruin ihrer Arbeitskraft zu verhindern. Der KLASSENKAMPF wird in seinen nächsten Nummern Dokumentationsmaterial über die Entwicklung der Arbeitsbedingungen seit der letzten Arbeitszeitverkürzung bringen.

Auch in der Lohnfrage wird es darauf ankommen, möglichst frühzeitig in den Betrieben und in der Gewerkschaft die Auseinandersetzung um die kommende Lohnrunde zu beginnen. Der letzte Abschluß, der am 1. September in Kraft trat, lag mit 4,5% nach vierzehn Monaten weit unter der Teuerungsrate. Den guten Rat, das Fehlende durch innerbetriebliche Lohnerhöhungen zu holen konnten wohl auch nur die wenigsten Betriebe befolgen.

Erstes Problem wird sein, das schon traditionell gewordene Hinauszögern des Abschlusses durch die Unternehmer um zwei oder drei Monate zu verhindern. Erschwert wird das dadurch, daß der letzte Kollektivvertrag ohne Laufzeit abgeschlossen wurde. Die Gewerkschaft hat zwar bekanntgegeben, daß sie eine zwölfmonatige Laufzeit anstrebt, doch wird es gut sein, Herrn Sekanina rechtzeitig daran zu erinnern.



Nacht- und Schichtarbeit: Erleichterungen ja, abschaffen nein.

EUMIG: Es wird gefeilscht



Bevor die Bank übernimmt, will Vockenhuber noch möglichst viel von dem, was ihm die Eumig-Arbeiter in achtundzanzig Jahren erwirtschaftet haben, auf die Seite räumen.
Eumig-Werk Wienr Neudorf

Für einen Unternehmer ist es sogar noch ein Geschäft, Schulden zu haben. Jemehr, umso besser. Jüngstes Beispiel dafür: das Handeln um die Eumig-Sanierung.

Handelspartner sind Noch-Eigentümer Vockenhuber und Hauser auf der einen Seite und die Länderbank auf der anderen. Gehandelt wird um die Bedingungen, zu denen die Eumig saniert werden soll.

Mit rund eineinhalb Milliarden sind Vockenhuber und Hauser bei der Länderbank verschuldet. Mit noch einigen hundert Millionen bei anderen Banken. Praktisch sind sie Pleite. Und da die "letzten privaten Riesen" ihr Geschäft bis vor kurzem als Personengesellschaft geführt haben, haften sie nach dem Buchstaben des Handelsgesetzbuches mit ihrem gesamten Privatvermögen für die Schulden ihrer Firma. Außerdem hat Vockenhuber noch einen Teil seines Privatvermögens als Sicherstellung für Kredite an die Banken verpfändet. Länderbankchef Erndl: "Wenn der Herr Vockenhuber niemanden findet, der ihm hilft, dann geht er persönlich - schließlich war die Eumig bis in den Oktober hinein eine offene Handelsgesellschaft - in Konkurs. Und zwar mit allem, was er hat. Bis ans Existenzminimum".

Was veranlaßt den Bank-General zu so gefährlichen Drohungen?

Will die Länderbank jemals wieder zu ihrem Geld kommen, kann sie es nicht aus dem Vockenhuber herausholen. Er weigert sich zwar, seine privaten Vermögensverhältnisse offenzulegen, aber anderthalb Milliarden hat er sicher nicht im Sparstrumpf. Herausholen kann die Länderbank das Geld nur aus den Eumig-Arbeiterinnen und -Arbeitern. Die haben zwar alle zusammen (es sind noch rund dreieinhalbtausend) keine eineinhalb Milliarden Schilling, aber sie können diese Werte schaffen.

Damit aber aus ihnen diese Gelder herausgewirtschaftet werden können, muß zuersteinmal einiges geschehen. Es müssen die Summen, die jetzt noch als Kredite der Bank an Eumig gelten, in Gesellschafterkapital umgewandelt werden, mit anderen Worten, die Bank wird vom Gläubiger zum (Mit-)Eigentümer. Außerdem muß neues Kapital zugeschossen werden, damit rationalisiert , und die Arbeitskraft der Arbeiter wieder gewinnbringend verwertet werden kann. Woher das Geld kommen soll, ist noch ungewiß. Alleine möchte die Länderbank offenbar nicht einen Milliardenbetrieb übernehmen, der die nächsten 12 bis 18 Monate ziemlich sicher noch mit Verlust arbeiten wird.

Doch ob das Kapital aus Deutschland kommen soll oder von der Creditanstalt, ob die staatliche Finanzierungsgesellschaft Haftungen übernimmt oder nicht, zunächst kann einmal nichts geschehen, ohne daß Vockenhuber und Hauser ihre Zustimmung dazu geben. Und dafür, daß er zu diesen Transaktionen seine Zustimmung gibt, stellt Vockenhuber die Bedingung, aus seinen Haftungen entlassen zu werden.

Die Länderbank kann zu ihren Profiten also nur kommen, wenn sie auch Vockenhuber gestattet, seine Schäfchen ins Trockene zu bringen.



"Läßt du mich,laß ich dich"
Länderbankgeneral Erndl

Nach dem Handelsgesetzbuch haftet er zwar mit seinem gesamten Vermögen, das ihm seine Arbeiterinnen in achtundzwanzig Jahren erarbeitet haben für die Schulden seiner Firma, nach dem Gesetz des Handels aber wird ihn die Länderbank nicht zum Konkurs zwingen, weil sie sonst selber ihrem Profit auf Wiedersehen sagen müßte. Was sie von Vockenhubver nicht kriegt, wird sie eben ein zweites Mal aus den Arbeiterinnen und Arbeitern von Eumig herausholen.

Unternehmerrisiko...

Dreitausend Arbeiterinnen und Arbeiter gekündigt, zum Teil noch immer arbeitslos,zum Teil auf schlechter bezahlten Arbeitsplätzen.

Herr Vockenhuber darf seine vergoldeten Badewannenarmaturen behalten.

ARGUMENTE

Solidarische Lohnpolitik?

Über die Sitzung des Fachgruppenausschusses Chemie, die Ende Jänner die Forderungen für die heurige Lohnrunde beschloß, schreibt, die März-Nummer des "Chemiearbeiter":

"In einer ausführlichen Diskussion haben sich die Mitglieder des Ausschusses für die Weiterführung einer solidarischen Lohnpolitik ausgesprochen. Das bedeutet, daß durch eine stärkere Nachziehung der Kollektivvertragslöhne in den unteren Lohnkategorien eine Verbesserung für die in diesen Kategorien beschäftigten Kolleginnen und Kollegen angestrebt werden soll. In jenen Unternehmen, deren Ertragslage günstig ist, oder wo der Lohnfaktor es erfordert, haben die Betriebsräte die Möglichkeit, innerbetriebliche Lohnregulierungen anzustreben und, falls nötig, dies mit gewerkschaftlicher Unterstützung durchzusetzen."

Die Forderung, die so begründet wird, ist bekannt: 700,- Schilling auf den Ist-Lohn und 8% Kollektivvertragserhöhung. Was erst später bekannt wurde, ist die Forderung nach Streichung der letzten Hilfsarbeiterlohngruppen, der Gruppe 4b.

Verdient dieses Programm den Namen Solidarische Lohnpolitik?

Die das Schlagwort geprägt haben, meinen damit, die besser bezahlten Arbeiter sollen mit den schlechter bezahlten solidarisch sein, indem sie zu ihren Gunsten auf eine höhere Lohnforderung verzichten.

Die Arbeiterbewegung hat aber unter Solidarität immer etwas anderes verstanden: Solidarität heißt doch: Zusammenstehen im Kampf gegen die Kapitalisten. Und ob diese Solidarität zustande kommt, hängt schließlich und endlich davon ab, welches Ziel dem Kampf gesteckt ist.

Ziel der Unternehmer ist es, die Arbeiter aufzusplittern, jedem etwas anderes zu geben und allen möglichst wenig.

Und das ist ihnen in den letzten Jahren auch immer recht gut gelungen. Mit acht verschiedenen Lohngruppen (ohne die Jugendlohngruppen) in der Chemiebranche, mit verschiedenen Akkordsystemen, Prämiensystemen und Arbeitern, die im Zeitlohn arbeiten, werden die Arbeiter auseinanderdividiert. Der kollektivvertraglich gesicherte Mindestlohn beträgt im Durchschnitt nur zwei Drittel des Ist-Lohnes. Es gibt aber Betriebe, die wirklich kaum mehr als den Kollektivvertrag bezahlen, auf der anderen Seite gibt es Betriebe, wo die Überzahlung dementsprechend über dem Durchschnitt liegt. Man kann ruhig annehmen, daß die schlechtest bezahlten Chemiearbeiter weniger als halb soviel verdienen wie die bestbezahlten. Das ist nicht nur "ungerecht", es schafft vor allem schlechte Kampfbedingungen für <u>alle</u> Arbeiter.

Geht man heute her, und verlangt im Namen der Arbeiter 700,- Schilling, macht man es den Unternehmern leicht. 700,- Schilling bedeuten für die Facharbeiter eine Brutto-Erhöhung von 5,8%, netto bringen sie ihnen nur 4,6%. Wenn jetzt die Unternehmer hergehen und sagen: wir geben euch 5,8% für alle, ist die Front schon aufgespalten.Und wenn sie sagen 5,0%, so macht das für die oberen Gruppen auch nur mehr den Unterschied von zuwenig und vielzuwenig aus. Sind die Facharbeiter aber erst einmal herausgespalten aus einer möglichen Kampffront, bleibt für die anderen sowieso nur: nehmen, was man halt kriegt.

Eine wirkliche solidarische Lohnpolitik müßte heute zum Ziel haben, einmal tatsächlich die Reallöhne aller Arbeiter zu sichern, zweitens aber die kollektivvertraglichen Mindestlöhne kräftig anzuheben, und zwar so, daß der Unterschied zu den Ist-Löhnen kleiner wird. Sie müßte zusätzlich die Aufsplitterung durch die Lohngruppen einzuschränken versuchen. Da ist die Abschaffung einer Lohngruppe, die einen Familienerhalter mit 4.400,- Schilling nach Hause gehen läßt, schon längst überfällig. Sie müßte durchgesetzt werden, ohne daß man sich dafür etwas von der allgemeinen Lohnforderung abhandeln läßt.

Die Wirtschaftsforscher sagen für Herbst bereits "Konjunktureinbrüche" voraus und beginnen Vergleiche mit der Krise 1975 anzustellen.

Eine echte solidarische Lohnpolitik müßte heute schon Vorsorge treffen, daß die Arbeiterklasse in schwierigen Zeiten, wenn es vielleicht mehr Arbeitslose gibt, wenn die Angst um den Arbeitsplatz größer ist, wenn es die Unternehmer leichter haben, Arbeiter, die nicht parieren hinauszuschmeißen und zu ersetzen, daß die Arbeiterklasse in solchen Zeiten umso geschlossener und einiger den Kapitalisten gegenübertreten kann.

Schon heute müßte die Kraft der ganzen Klasse, oder wenigstens der ganzen Branche eingesetzt werden, um die Unterschiede zu verringern, und es dürfte nicht den Betriebsräten der Betriebe "wo die Ertragslage günstig ist" überlassen werden, alleine das herauszuholen, was zum Halten des Reallohns noch fehlt, wenn sie es alleine schaffen. Dadurch wächst die Schere zwischen besser- und schlechterbezahlten nämlich noch mehr, und auch die Schere zwischen Ist-Lohn und Mindestlohn!

Die Propagandisten der "solidarischen Lohnpolitik" gehen davon aus, daß man von den Unternehmern nur eine gewisse Lohnsumme holen kann, und die Solidarität sich dann beim Aufteilen dieser Summe erweist. Wir meinen, daß die Solidarität sich im Kampf erweisen sollte.

DRUCK UND PAPIER: 5,25% AUF KV-LÖHNE

Per 1.April tritt der neue Kollektivvertrag für das graphische Gewerbe in Kraft: die Mindestlöhne werden um 5,25% erhöht. Die innerbetrieblichen Ist-Löhne sollen um den gleichen Schillingbetrag, der sich aus der jeweiligen Erhöhung des kollektivvertraglichen Mindestlohns ergibt, erhöht werden. Das bedeutet für die höchstbezahlten Lohngruppen, deren Mindestlöhne bei 10.000,- Schilling beträgt, eine Brutto-Erhöhung von 500,- Schilling. Für die niedrigeren Lohngruppen entsprechend weniger. Jedenfalls folgt auch dieser Abschluß der Linie der Kapitalisten, <u>unter</u> der Teuerungsrate abzuschließen.

VERSICHERUNGEN: ZUSÄTZL.URLAUBSTAG

Nachdem im Dezember die Versicherungsangestellten die Gehaltsverhandlungen mit einem Ergebnis von 4,2% abschlossen, blieb noch die Forderung nach einer sechsten Urlaubswoche für Angestellte, die länger als 25 Jahre im Versicherungsgewerbe tätig sind, offen. Nachdem die Gewerkschaft ursprünglich das Verhandlungsergebnis nicht anerkannte, solange die Urlaubsforderung nicht erfüllt war, gab sie sich schließlich mit einem zusätzlichen Urlaubstag zufrieden.

SCHICHTARBEIT IN ÖSTERREICH

Ein Viertel aller Beschäftigten in der österreichischen Industrie arbeiten Schicht. Von den männlichen Beschäftigten machen die Schichtarbeiter ein Drittel aus, von den weiblichen ein Fünftel bis ein Sechstel.

Vier Fünftel aller Schichtarbeiter sind Männer, ein Fünftel Frauen. Drei Viertel aller Schichtarbeiter sind in den Bundesländern Steiermark, Niederösterreich und Oberösterreich konzentriert.

Von den Schichtarbeitern arbeiten die Hälfte in Früh- und Spätschicht, ein Drittel im halbkontinuierlichen Dreischichtbetrieb, ein Sechstel im kontinuierlichen Schichtbetrieb.

48 Prozent aller Schichtarbeiter arbeiten im Zeitlohn, 52 Prozent im Leistungslohn.

2.BERUFSSCHULTAG GEFORDERT

Die oberösterreichische Landesjugendkonferenz der Metallarbeitergewerkschaft fordert in einem Antrag an den Gewerkschaftstag die Ausdehnung der Berufsschulzeit und mehr Allgemeinbildung in der Berufsschule. Konkret wird die Erweiterung des Unterrichts in politischer Bildung, Deutsch, Fremdsprachen und Turnen gefordert.Der Berufsschulunterricht soll zwei Tage in der Woche umfassen.

Billiglohnland Österreich

Die relativ günstige Situation der österreichischen Kapitalisten auf dem Weltmarkt, und auch die noch immer große Beliebtheit Österreichs beim ausländischen Kapital geht sicher auch darauf zurück, daß unter den Ländern mit einer hochqualifizierten Industriearbeiterschaft Österreich zu denen mit den niedrigsten Löhnen gehört.

Erfreut meldet die "Industrie": "Die relative Arbeitskostenposition Österreichs im Vergleich zum Ausland hat sich in den beiden vergangenen Jahren fühlbar verbessert. Zu dieser Trendumkehr haben der schwächere Lohnauftrieb, die Unterbrechung des Aufwertungstrends des Schillings und zuletzt das beschleunigte Produktivitätswachstum im Konjunkturaufschwung beigetragen".

Was die Unternehmer interessiert, sind in erster Linie die <u>Lohnkosten</u>. Sie rechnen zwar <u>alles Mögliche</u> zu diesen Lohnkosten dazu, was gar nicht dazugehört, wie z.B. in Österreich die Lohnsummensteuer, die Vergleichszahlen sind aber trotzdem interessant.

Je geleisteter Industriearbeiterstunde rechnen die Kapitalisten 1979 in Österreich 108,- Schilling Lohnkosten. In der BRD, in den Niederlanden, in Dänemark, Schweden und Norwegen liegen die Lohnkosten je Stunde um ein Drittel bis die Hälfte höher. Um 10% bis 15% liegen sie in den USA und in Kanada höher als bei uns. Etwa gleich sind sie in Frankreich und Italien, um ein Viertel niedriger in Großbritannien und Japan.

Setzt man die Produktivität mit den Lohnkosten in Verbindung, so erhält man die "Lohnstückkosten. Diese sind in Österreich im letzten Jahr gleich geblieben, während sie in den Ländern, mit denen unsere Kapitalisten Handel treiben, um durchschnittlich 6,5% gewachsen sind. "Ein rascheres Produktivitätswachstum auf Grund einer besseren Auslastung der Kapazitäten hat zwar auch in anderen Industrieländern die Stückkosten gedrückt, kaum jedoch in jenem Maß wie in Österreich."

Während die Kapitalisten also zufrieden sein können, haben die Arbeiter und Angestellten bereits zwei Jahre lang den Abbau ihrer Reallöhne hinnehmen müssen. Zudem, daß die Kaufkraft ihrer Löhne gesenkt worden ist, kommt noch, daß die Produktivität in diesen zwei Jahren gesteigert worden ist. Es wird also mehr gearbeitet für weniger Lohn.

Das ist das Ergebnis von Sozialpartnerschaft, Stillhalten und "Vollbeschäftigungspolitik", die davon ausgeht, daß die Arbeitsplätze gesichert werden, wenn man die Profite der Unternehmer nicht antastet.

Doch die Beschäftigtenzahl in der Industrie ist ständig im Sinken begriffen. Das ist ja gerade das Ziel der Rationalisierungen, also der "Produktivitätssteigerung", mit weniger Arbeitskräften auszukommen, die Arbeitskraft stärker auszunützen, auszubeuten.

Wenn sich die SPÖ-Regierung brüstet, Österreich zu einem der "stabilsten Länder " gemacht zu haben, so mag das bedeuten, daß sie den Unternehmern ermöglicht hat, ihre Profite konstant zu halten. Mit der Lebenslage der Werktätigen geht es schon seit längerer Zeit konstant bergab.

Borregaard Hallein wirft 150 auf die Strasse

"PWA hat mit der Mehrheitsbeteiligung auch die Sorgen von Borregaard übernommen", lügen die Salzburger Nachrichten im Leitartikel der Ausgabe vom 3. April. Als ob der westdeutsche Konzern "Papierwerke Waldhoff-Aschaffenburg" sich die Halleiner Papier- und Zellulosefabrik (mitsamt dem Zellulosezweigwerk Villach) nicht gerade deswegen gekauft hätte, um eine Sorge loszuwerden: nämlich, wie auf den Märkten der Oststaaten besser Fuß gefaßt werden kann.

Daß der Konzern auch in der Rationalisierung und Ausbeutung selbst seinen deutschen Konkurrenten weit voraus ist, erklärte der Alleinvorstand Dr. Patt bei einem Rundgang im "Musterwerk" Stockstadt (BRD) den eingeladenen Schreiberlingen Salzburger Tageszeitungen. Im Werk Stockstadt erschuftete ein "Mitarbeiter" den Aktionären durchschnittlich einen Umsatz von 447.000 DM (= 3,3 Mio Schilling), während es im Durchschnitt der deutschen Papierindustrie "nur" 198.000 DM sind. Waren in diesem Werk 1970 für die Produktion von einer Tonne Zellstoff noch 12 Arbeitsstunden nötig, so sind es 1980 nur mehr 4. Und für 1 Tonne Papier 1970 20 Stunden und heute nur noch 6. Eine computergesteuerte Anlage in der Verpackungsabteilung im Wert von 5 Mio DM ersetzte 26 Arbeiter und ist nach Patt "eine der wirtschaftlichsten Investitionen, die man sich denken kann."

Dieselbe Entwicklung - Produktivitätssteigerung durch Einführung moderner Maschinen und Intensivierung der Arbeit - stellt sich Patt in Hallein vor. Es seien dort 100-150 Mitarbeiter "zuviel".

Die Zelluloseproduktion ist in den Größen, wie sie in Villach (30.000 Jahrestonnen) und Hallei (90.000 Jahrestonnen) betriebe wird, ebenfalls ungeeignet, u in der heutigen kapitalistisch Konkurrenz bestehen zu könne Insbesondere dann, wenn zusät liches Kapital in Anlagen geg die Abwasserverschmutzung inve tiert werden müßte. In der BF hat die PWA schon ein Werk m 50 000 Jahrestonnen geschlosse Und da der italienische Fabokoi zern in Pöls oberhalb Judenbu unter der Beteiligung der Lände bank sowieso ein 200.000 Jahre tonnen-Werk für Langfaser-Sulfa zellstoff errichtet (siehe "Klasse kampf" 4/80), weiß die österre chische Abteilung des PWA-Kap tals, an der ebenfalls zu 2 Länderbank beteiligt ist, scho wo ab 1983 die Zellulose he kommt, bzw. hat es schon dama gewußt, als Androsch sein Sanktus zum Werk in Pöls ga Somit ist ein weiterer Schritt z Strukturbereinigung in der öste reichischen Zellstoff- und Papie industrie vorsorglich früh dur die Bourgeoisiepresse angekü digt und verteidigt worden. D Arbeitern sollen die Konkurrenz fordernisse des Kapitals eing bleut werden und einer Bewegu gegen Stillegung und Rationa sierung der Wind aus den Sege genommen werden: "Eine endgül ge Klärung dieser Frage, schmerzlich sie für einzelne Me schen auch sein wird, ersche auch im Hinblick auf die Sic rung der Arbeitsplätze in der P pierfabrik erforderlich". Un "Für Unruhe in diesem größ Industriebetrieb Salzburgs ist so gesorgt. Je früher man c Klärung der Situation herbeiführ desto besser für alle Beteili ten."(Salzburger Nachrichten)

Unter "Klärung der Situati ist ziemlich sicher gemeint, d der Betriebsrat frühzeitig der Schließung der Zelluloseerzeugu zustimmen und die Belegschaft diesem Sinne beeinflussen sc Allein dadurch würden 120 (n Patts Angabe - in Wirklichkeit doch mehr) Arbeiter auf Straße fliegen. Weshalb aber sollten die Arbeiter aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit ihres Ausbeuters für die Beseitigung ihrer Arbeitsplätze sein? Jeder Kapitalist will die Arbeiter hinter seine Expansionspläne vergattern. Daß dadurch jedoch die Arbeitsplätze nicht sicherer werden, sieht man an der Beschäftigungsentwicklung in der Papierindustrie:

1964	18.948
1971	17.286
1975	16.089
1979	14.468

Vor 16 Jahren waren um fast ein Drittel mehr in der Papierindustrie beschäftigt als heute. Auch die Absicht, die Arbeiter bis auf die Knochen zu schinden, um seine ehrgeizigen Expansionspläne zu verwirklichen, sollte durchkreuzt werden.

VEW: Arbeiten wie ein Esel

Bei der VEW-Kapfenberg gibt es eine Schlacken-Seilbahn, mit der die Schlacke und aller sonstige Abfall abtransportiert wird. Neun Arbeiter sind hier beschäftigt. Für alle ist die Arbeit abstumpfend und geisttötend, für die meisten auch noch dreckig und schwer. Das ganze Zeug staubt meistens fürchterlich, die Schlacke ist oft noch heiß. Drei Kollegen müssen bei ihrer Arbeit die meiste Zeit im Freien sein, egal ob es regnet oder schneit... Dabei will die VEW nicht einmal das Geld für ein Schutzdach ausgeben.

Besonders schlecht hat es der "Füller". Seine Aufgabe ist es, die Seilbahnhunte mit dem Dreck anzufüllen. Alle 80 Sekunden kommt ein Hunt. Der muß zuerst mit der Hand abgebremst werden. Dann wird er mit einem Förderband gefüllt. Dabei staubt es oft so, daß man die Hand nicht vor den Augen sieht. Damit nicht zuviel daneben geht, muß der Füller den Hunt mit großer Kraft zum Förderband hinziehen. Das ist immer dieselbe Bewegung, immer dieselbe einseitige Belastung des linken Armes (man hat das Gefühl, dieser Arm ist schon viel länger als der andere), immer dieselbe Verkrümmung der Wirbelsäule...

Ist der Hunt voll, muß der Füller ihn anschieben, damit er wieder den Berg hinauffährt... Geht alles in Ordnung, bleiben noch 15 bis 20 Sekunden, bis der nächste Hunt kommt... und wieder dasselbe, und nach weiteren 80 Sekunden wieder... etwa 300 mal pro Schicht. Und oft genug steckt irgendetwas bei der Förderanlage, muß danebengegangener Dreck eingeschaufelt werden... dann sind die 15 bis 20 Sekunden "freie Zeit" futsch.

Den ganzen Lebensrythmus diktiert dem Füller die Maschine, jede eigene persönliche Regung wird unterdrückt. Der "Füller" ist nur mehr ein Anhängsel an die Seilbahn. Die Arbeit erfordert nicht die geringste gedankliche Leistung - sie läßt aber auch keine vernünftigen Gedanken aufkommen. Stumpf, wie ein Esel, der im alten Ägypten ständig im Kreis gehend ein Wasserrad antrieb - genauso geht es hier dem Arbeiter! 5 Meter hin, den Hunt bremsen - füllen - 5 Meter her, den Hunt wieder anschieben... und wieder von vorne...

Wird die Maschinerie besser, werden die Arbeiter überflüssig

Oft reden die Kollegen der Seilbahn davon, daß alles viel leichter sein könnte, wenn man die Maschinerie verbessern würde. Das beste wäre es, die Seilbahn einzustellen und alles mit LKW-Kippern wegzuführen. Viel Arbeit würde wegfallen - vor allem die staubigste, eintönigste, unangenehmste Arbeit. Der "Füller" müßte nicht mehr wie ein Kettenhund - 5 Meter hin, 5 Meter her - die Hunte füllen.

Das ist alles richtig. Aber: Den Dreck wegräumen, der beim Profitmachen abfällt, das steht fürs Kapital nur auf der Kostenseite, und diese Kosten müssen gesenkt werden. Je niedriger die gesamten Produktionskosten, umso höher der Profit. Umstellung auf LKW-Betrieb bedeutet für das Kapital Einsparung von 4-5 Arbeitern! Deswegen ist die Umstellung auf LKW auch nur eine Frage der Zeit, und im Prinzip bereits beschlossen. Voraussetzung dafür ist aber, daß die VEW die Straße zur Schlackenhalde asphaltieren läßt (die schweren LKW zerstören sonst die Straße, wenn der Boden weich ist) und einen oder zwei Zwei-Achs-Kipper anschafft. Das würde alles zusammen etwa 13 Millionen Schilling ausmachen. Das Geld wird jetzt aber dringender gebraucht. Bis Ende dieses Jahres soll ein neues Stahlwerk in Betrieb gehen, das 225 Millionen kostet und etwa 80 Arbeiter einsparen wird. Insgesamt ist ein Investitionsprogramm für 1,2 Milliarden beschlossen. Das wird größere Profitsteigerungen bringen als die Rationalisierungen bei der Seilbahn.

Konkurrenz um Überstunden

Also werden die Kosten bei der Seilbahn mit anderen, billigeren Mitteln gesenkt. Eines der wichtigsten ist die Überstundenschinderei. Der Lohn der meisten Kollegen bei der Seilbahn macht ohne Überstunden etwa S 7.500,- aus. Das reicht hinten und vorne immer weniger. Aber auch für Schlosser, Vorarbeiter, Kranfahrer - die etwas mehr verdienen - wird der Lohn immer weniger wert. Überstunden sind eine willkommene Gelegenheit, um den Lohn aufzubessern. Vor allem, weil bei der Seilbahn fast nur am Samstag Überstunden gemacht werden - das sind 100%ige.

Wenn die Seilbahn am Samstag steht, das Stahlwerk aber durchfährt, müssen drei Kollegen von der Seilbahn am Samstag arbeiten, um die Schlackenmulden und Abfallkipper auszuleeren. Dabei ist es unter den Kollegen immer wieder zu Streitereien gekommen, wer am Samstag hineingehen d a r f. Diese Konkurrenz unter den Arbeitern hat die Firmenleitung benutzt und den Vorschlag gemacht: Auch die Seilbahn fährt öfters am Samstag - allerdings d ü r f e n nur 6 Arbeiter hineinkommen. (Würde die Seilbahn am Samstag nicht fahren, müßte die Firma öfter einen Transportunternehmer zahlen, um den Dreck wegzuschaffen, den die Seilbahn nicht mehr schafft.) Diese sechs Arbeiter müssen jetzt am Samstag dasselbe machen wie unter der Woche neun Arbeiter!

Das war nur der erste Schritt. Der Schlosser von der Seilbahn mußte sich operieren lassen und ist nun etwa ein Dreivierteljahr im Krankenstand - die Firmenleitung stellt keinen Ersatz. Seine Arbeit muß von den anderen mitgemacht werden. Als sich dabei ein Kollege wegen der Hetzerei einen Finger brach und etwa zwei Monate im Krankenstand war - stellte die Firmenleitung noch immer keinen Ersatz...

Die Kranfahrer arbeiten bei der Seilbahn in zwei Schichten. Einer der beiden hatte einen Unfall. Die Firma stellte keinen Ersatz, der andere mußte seine Arbeit mitmachen. Natürlich hatte der keine Lust, jeden Tag 16 Stunden zu arbeiten und hetzte so, daß er mit vier Überstunden auskam.

Das Motto der Firmenleitung: Was am Samstag mit sechs Leuten geht, muß auch die ganze Woche mit sechs Leuten gehen. Erst als sich auch der Füller am Finger verletzte, stellte die Firmenleitung einen Mann Ersatz - sonst hätte die Bahn abgestellt werden müssen!

Und was der nächste Schritt sein wird, ist auch schon klar: Auch für die Urlaubszeit im Sommer wird's keinen Ersatz geben.
(r.h., Kapfenberg)

Als Lohnkonten noch lohnend waren...

Wenn auch der Theaterdonner um die Einführung von Kontogebühren vorläufig damit geendet hat, daß die Banken zurücksteckten, der nächste Vorstoß in diese Richtung kommt bestimmt bald. Es kann nicht schaden, sich daran zu erinnern, daß Unternehmer und Banken gemeinsam die Einführung von Gehaltskonten betrieben haben, um die Lohnauszahlung zu rationalisieren. Die Banken haben ihre Verfügung über die Gelder der Massen gewaltig ausgedehnt. So wie hier vor der Wertheim in Wien hat die CA bei vielen Betrieben ihres Konzerns, wo die Beschäftigten natürlich CA-Konten haben müssen, Filialen aufgebaut.



Auch bei Puch-Graz steht vor dem Fabriktor jetzt eine Filiale der CA.

Anfang der Siebziger Jahre wurde die Lohnverrechnung bei Puch auf EDV umgestellt. Diese Rationalisierung in der Lohnverrechnung fand 1975 ihre Fortsetzung in der Auszahlung der Löhne und Gehälter über Gehaltskonten bei der CA. Dadurch konnten die Puchkapitalisten das "Absackeln", Nachzählen und Austragen bzw. Abholen des Lohnes während der Arbeitszeit "einsparen" und außerdem waren damit auch die Debatten unter den Arbeitern, um wieviel jetzt schon wieder weniger im "Lohnsackerl" ist, aus dem Betrieb verbannt. Aber die Durchsetzung der bargeldlosen Auszahlung ging nicht ohne Widerstand von Seiten der Arbeiter und des Betriebsrates über die Bühne. Die CA half da gleich mit sanftem Druck nach, indem sie Kredite nur mehr denjenigen Kollegen und Kolleginnen gewährte, die schon freiwillig bei ihr ein Gehaltskonto angelegt hatten. Anfang November 1974 wurde bei den Angestellten die bargeldlose Auszahlung der Gehälter, beginnend mit 1.1.1975, durchgesetzt. Als "Entschädigung" dafür hat der Angestelltenbetriebsrat "eingehandelt":

* Anhebung der Witwen-Werks-Pensionszuschüsse von 50% auf 60% (das entsprach damals einer Erhöhung von 320,- S auf 371,- S)
* Im Rahmen der Zusatz-Gruppenversicherung: Übernahme von 75% der Prämie bei der Einbeziehung von Kindern in die Zusatzversicherung durch die Firma. (Seit 1953 sind Puch-Angestellte automatisch 2.Klasse-zusatzversichert: Dabei zahlt die Firma 65%, jeder Angestellte 35% der Prämie. 1979 machte der Prämienanteil der Firma 186,- S der Angestelltenanteil 101,- S aus).

Bei den Arbeitern wurden vorerst die Betriebsratswahlen am 29. November 1974 abgewartet. Schon vor der Betriebsratswahl forderte Linksblock-Listenführer Voves als Entschädigung für die Lohnkonten-Einführung einen vollen Monatslohn für jeden Arbeiter (als einmalige Zahlung). Nach der Betriebsratswahl ging es dann Schlag auf Schlag und die bargeldlose Auszahlung der Arbeiterlöhne war, ebenfalls beginnend mit 1.1.1975, durchgesetzt. Als "Entschädigung" hat der Arbeiterbetriebsrat eingehandelt:

* Abschluß einer Taggeldversicherung für alle "aktiven Arbeitnehmer" durch die Firmenleitung. Die Prämie, die 1975 ganze 11,50 monatlich und 1978 ganze 20,- S monatlich betrug, bezahlte die Firma. Die Taggeldversicherung beinhaltet ein Spitalsgeld von 60,- S pro Tag bzw. für Frauen bei Entbindungen eine Pauschale von 600,- eine Krankentransportvergütung bis 290,- S und einen Kostenzuschuß zu einem Kur- oder Erholungsaufenthalt von 50,- S täglich.

Vergleicht man diese Almosen mit den Milliardensummen, die der CA durch die Einführung von Gehaltskonten ständig und zwar praktisch kostenlos zur Verfügung stehen, wird klar, daß sich der Bau und der Betrieb der CA-Filiale vor dem Fabrikstor für das CA-Kapital spielend ausgezahlt hat.

Lohnforderung bei Wertheim

Was davon zu halten ist, wenn bei unzureichenden Lohnabschlüssen die Gewerkschaft ihren Betriebsräten und den Belegschaften den guten Rat gibt, sich doch über die Innerbetriebliche zu holen, was der gemeinsame Lohnabschluß ihnen vorenthält, zeigt der Fall Wertheim.

An sich gehört die Wertheim-Belegschaft zu jenen, die dem Reallohnabbau durch die Kapitalisten bisher noch am meisten Widerstand entgegengesetzt haben und auch härtere Auseinandersetzungen nicht gescheut haben. Doch auch hier will es mit der Innerbetrieblichen heuer nicht recht vorangehen. Die Belegschaft ist sich zwar einig, daß der letzte Abschluß vom 1. September nicht ausreichend war, und daß es nötig wäre, sich die Differenz zwischen Lohnsteigerung durch den Abschluß und Steigerung der Lebenshaltungskosten innerbetrieblich zu holen. Doch der Taktik der SP-Betriebsratsmehrheit ist es bisher gelungen, Verwirrung in die Belegschaft hineinzutragen. Es hieß, man solle zunächst die Bilanz abwarten.

Die Bilanz ist nun so ausgefallen, daß angeblich keine Gewinne ausgewiesen werden. Es ist natürlich allgemein bekannt, daß der Gewinn in der Bilanz immer niedriger ausfällt als in der Wirklichkeit. Doch selbst wenn Wertheim seinem Eigentümer, der CA, keinen Gewinn abwirft, ändert das nichts an dem Verlust, den die Arbeiter erlitten haben.

Geht man allerdings davon aus, daß zuerst die Gewinne da sein müssen und dann erst die Arbeiter kommen, ist man im Fall einer ungünstigen Bilanz natürlich angeschmiert.

Eine solche Politik wird immer damit begründet, daß die Unternehmer ohne Gewinne nicht investieren, folglich auch keine Arbeitsplätze schaffen können. Gerade bei Wertheim müßte der Betriebsrat eigentlich wissen, daß solche Investitionen meist der Rationalisierung und damit der Einsparung von Arbeitern dienen, wie der bei Wertheim geplante Überwachungsleitstand.

Die Firmenleitung jedenfalls hat bereits zu verstehen gegeben, wie sie sich zu einer eventuellen Forderung nach allgemeiner Lohnerhöhung zu verhalten gedenkt. Eine an sich bescheidene Forderung des Betriebsrats nach einer Aufbesserung für die im Betrieb beschäftigten Frauen, die noch unter S 50,- in der Stunde verdienen - sie hätte für diese nicht allzu zahlreichen Frauen S 2,- pro Stunde betragen - wurde kalt abgelehnt.

Antwort darauf müßte natürlich sein, nun erst recht die schon fällige Forderung nach allgemeiner Lohnerhöhung aufzustellen. Doch bis jetzt ist vom Betriebsrat noch keine Forderung bekanntgegeben worden.

Die Zelle des Kommunistischen Bundes hat vorgeschlagen, 5,- Schilling für alle zu fordern. Dieser Vorschlag geht davon aus, daß 5,- Schilling in der Stunde für die höchsten Löhne gerade den Teuerungsverlust seit dem letzten Lohnabschluß ausgleichen. Für die unteren Lohngruppen würde das zum Teil auch noch ersetzen, was vor dem letzten Abschluß verlorenging.

HINTERGRÜNDE DES AKH-SKANDALS

Die "Verbeßerung der medizinischen Versorgung" der Wiener Bevölkerung steht schon seit langem auf der Tagesordnung. Bereits 1955 wurde mit Vorbereitungsarbeiten für ein neues "Allgemeines Krankenhaus – Universitätskliniken" begonnen. Nach einem Ideenwettbewerb arbeiteten ab 1961 neun Architekten Pläne aus. Bis 1976 waren erst "Nebengebäude" fertiggestellt: Personalwohnhäuser, Kinderklinik-Psychiatrie, Parkgarage. Erst ab diesem Zeitpunkt, nach jahrelangen Verzögerungen, begann man erst mit dem Kern der Anlage (Behandlungseinrichtungen und Bettenhäuser).5 Jahre verspäteter Baubeginn, Fertigstellung (ursprünglich für 1982 geplant) erst 1987. Dazu Kostensteigerung von 9 Milliarden auf sichere 50 Milliarden. Und dazu Zweifel der Bourgeoisie, ob das Krankenhaus überhaupt funktionieren können und kostendeckend sein wird. Dazu bereichern sich zusätzlich noch einige Teile des Finanzkapitals an dem Riesenprojekt, was in den letzten Wochen zu heftigen Debatten geführt hat.

KONZENTRATION MEDIZINISCHER EINRICHTUNG -KONZENTRATION TECHNISCHER PROBLEME

Begonnen wurde mit der Entscheidung, alle Stationen samt Operationssälen, Labors, Krankenzimmern, Hörsälen und Lehrräumlichkeiten in einem geschlossenen Baukörper untrzubringen. Aufgrund dessen wurde der untere Teil desAKH als "Flachkörper" mit 5 Geschoßen (und 3 Untergeschossen) konzipiert, der eine Ausdehnung von etwa 4 Fußballfeldern hat. Technisch ist es kein großes Problem, einen so großen Raum zu überbauen. Doch muß dabei in Kauf genommen werden, daß nur 13% der ganzen Raumfläche mit Tageslicht beleuchtet werden können, während 87% künstlich beleuchtet werden müssen. Hier befindet sich ein Großteil der Arbeitsräume, Labors, etc. Es wurden 2 "Bettentürme" mit 10 Geschoßen gebaut. In den Normalpflegestockwerken liegen 140 Patienten bei Tageslicht und guter Aussicht. Doch sämtliche Arbeitsräume des Personals liegen im dunklen Mittelteil.

Diese Konzentration sämtlicher Einrichtungen zusammen mit 2.400 Patienten und 5.000 Angehörigen des Personals in einem einzigen Baukörper brachte eine ganze Fülle technischer Probleme mit sich. Dies hat die Kosten hinaufschnellen lassen. Außerdem sind viele dieser technischen Probleme bis heute nicht gelöst. Zum Beispiel kostet allein der Einbau der KLimaanlage 2 Milliarden Schilling. Dies deshalb, da Operationssäle, Labors, Intensivstationen, Isolierräume, Krankenzimmer usw. gesondert be- und entlüftet werden müssen, um eine Verbreitung von Krankheitskeimen im ganzen Baukomplex zu vermeiden.

Eine automatische Wagentransportanlage, eine Müllsaugablage, eine Wäschesauganlage für 15 Tonnen Wäsche täglich und viele andere technische Neuerungen wurden eingebaut. Probleme, die zwar technisch lösbar sind, jedoch ab der Überschreitung einer bestimmten Größenordnung nur mehr sehr uneffizient zu lösen sind.

Die Spitalsplaner in der BRD, den USA und in Schweden sind übrigens schon vor 10 Jahren zum Schluß gekommen, daß Monsterkrankenhäuser dieser Größe nicht rationell sind. Einerseits ist die Idee zu einer solchen Konzentration aufgrund des Ziels entstanden, die modernen medizinischen Einrichtungen maximal zu nutzen und so die Behandlungskosten möglichst zu senken. Andererseits aber führt dies zu organisatorischen, technischen und finanziellen Problemen, die diesem Ziel zuwiderlaufen.

Trotzdem wurde 1974 in noch größeren Dimensionen mit diesem Bau begonnen. Ursprünglich wa geplant, vorerst nur die Hälfte auszuführen, doch kamen die Planer zu dem Schluß, daß ein etappenweiser Ausbau noch unrationeller wäre. Der Streit innerhalb der Bourgeoisie und ihrer Parteien zieht sich bis heute und fand in den letzten Wochen seinen Höhepunkt, als die ÖVP vorschlug, den Bau lieber jetzt noch einzustellen und statt dessen einen neuen Bau zu beginnen. Dies wäre rationeller als die Fertigstellung und spätere Erhaltung des Monstrums. Tatsächlich schlagen sich die Kosten in ihrer wirklich zu erwartenden Größe für das österreichische Kapital negativ zu Buche. Die Kosten für die Gesundheitsversorgung der Wiener Arbeiter und Angstellten steigen so unverhältnismäßig an, während sich gleichzeitig der Spielraum des Staatsbudgets nicht unbeträchtlich verringert. Welche Auswirkungen die Einstellung der Bourgeoisie zum Gesundheitswesen auf die tatsächliche Versorgung hat, geht aus dem nebenstehenden Artikel hervor. Trotzdem sind die führenden Teile der Bourgeoisie, allen voran die SPÖ, derzeit fest entschlossen, das AKH trotz allem fertigzustellen.

Auch wenn im Endeffekt 23 Millionen Schilling per Bett an Baukosten anfallen (gegenüber üblichen 5 Millionen pro Bett bei vergleichbaren Universitätskliniken im Ausland).

EIN TEIL DER BAUKOSTEN FÜR DIE BEREICHERUNG UND FÖRDERUNG VON TEILEN DES FINANZKAPITALS

Bereits im Planungsstadium wurden eine ganze Reihe von Entscheidungen immer jeweils zugunsten bestimmter Teile des Finanzkapitals getroffen. Das gesamte tragende System der Flachkörper und der Bettentürme wäre laut einer Untersuchung der Technischen Universität Wien am preiswertesten in Stahlbetonweise auszuführen gewesen (Konstruktionskosten 240 Millionen Schilling). Trotzdem wurde die Entscheidung gefällt, die beiden Bettenhäuser in Stahl zu konstruieren, was die Konstruktionskosten laut Angebot sofort um 35.3% auf 325 Millionen hinaufschnellen ließ. Zugunsten dieser teuersten Variante entschied man sich aus rein politischen Gründen. So sollte ein Beitrag zur Förderung der österreichischen Stahlindustrie geleistet werden. Der österreichische Stahlbau ist stark exportorientiert (ca. 70% des Jahresumsatzes); der Hochbau nahm zu diesem Zeitpunkt nur einen geringen Anteil ein. Um hier international ins Geschäft zu kommen, war es für die österreichischen Stahlbaukonzerne (v.a. VOEST und Waagner Biro) nötig sich das entsprechende Know how aneignen und entsprechende Referenzprojekte vorweisen zu können.

Das Wiener Kontrollamt deckt derzeit "Unzulänglichkeiten" bei Ausgaben leitender Bau-Funktionäre und bei der Auftragsvergabe auf.

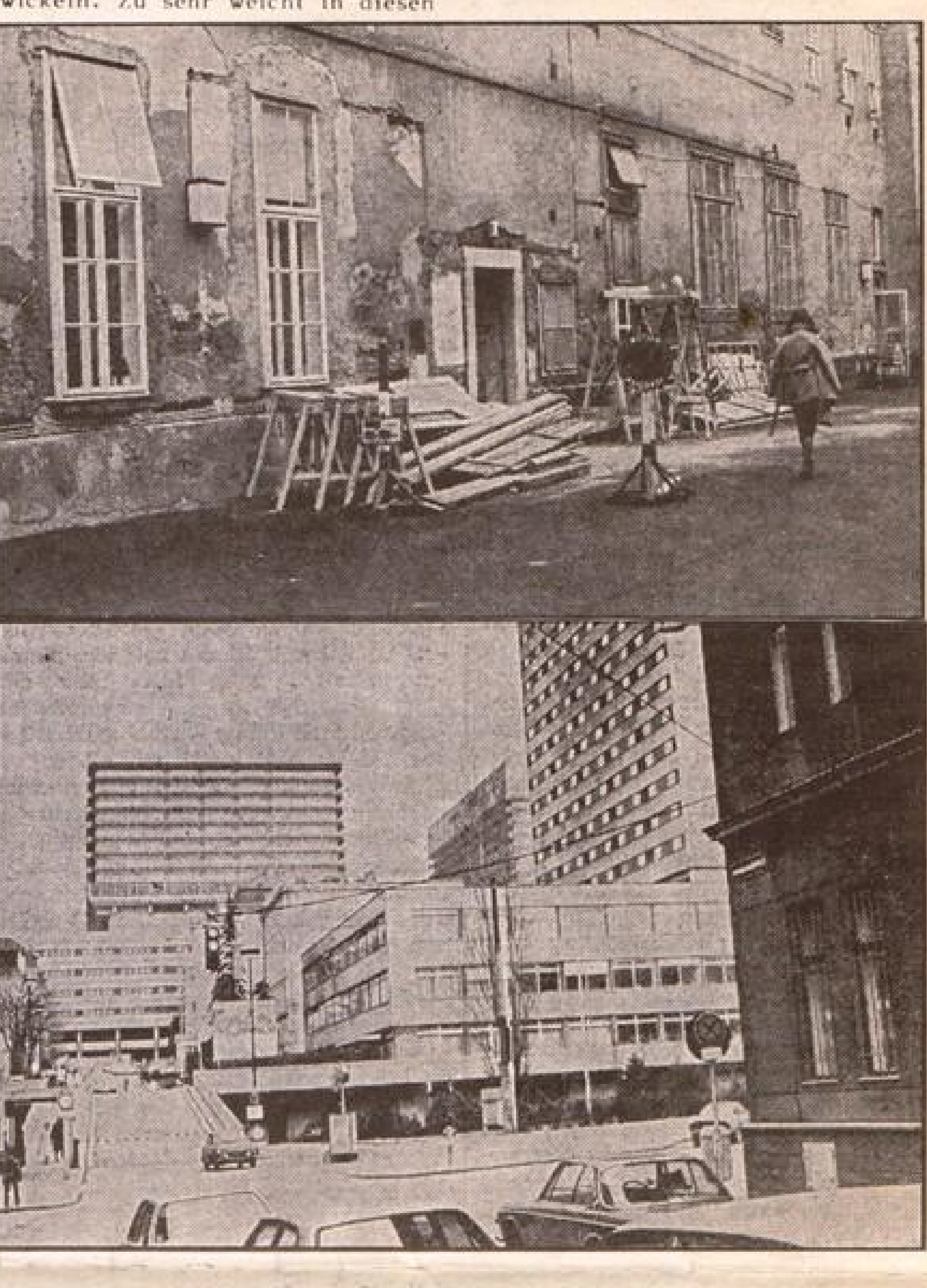
Die führenden Manager der AKH-Planung hätten Restaurantrechnungen von Lokalen der gehobenen Preisklasse" vorgelegt, hätten "Arbeitsbesprechungen in Nachtlokalen abgehalten, zuviel Kilometergelder und zu teuere Flugtickets verrechnet. Nicht daß sie ein teures und ausschweifendes Leben führen, nicht daß sie Repräsentationsspesen in Höhe von 4000 Schilling monatlich erhalten wird ihnen vorgeworfen, sondern einzig, daß sie das auf Kosten der Steuerzahler übliche Maß überschritten haben.

Verflochten und unübersichtlich sind die gesamten Firmenverflechtungen des Baumanagments. Da bis 1975 die leitenden Beamten von Bund und Gemeinde mit Planung und Bau des Monstrums nicht fertigwerden konnten, wurde damals die "Allgemeine Krankenhaus Planungs- und Errichtungsgesellschaft (AKPE) gegründet, die von Bund und Gemeinde die Bauherrnrolle übernahm. Als Direktoren wurden die Herren Parzer, Winter und Schwaiger eingesetzt. Über sie wacht ein Aufsichtsrat. Diese AKPE vergab als leit ende Instanz Planungsaufträge weiter. Und zwar an eine APAK (Arbeitsgemeinschaft Projektmanagment – AKH-Universitätskliniken). Der 600 Millionen Schilling – Vertrag mit dieser Firma, die 110 Leute beschäftigt, weist den Zusatz "2% für Fortbildung" auf. Dabei soll es sich um vertraglich vereinbarte Schmiergeldzahlungen handeln. Jedenfalls wird allein dieses Baumanagement zwischen 1 und 2 Milliarden Schilling kosten. Als Vergleich dazu: Mit einer Gesamtsumme von 911 Millionen wurde vor 4 Jahren das 853 Betten-Spital "Rudolfsstiftung" im 3.Wiener Gemeindebezirk erichtet. Beim AKH kostet allein die Planung das doppelte.

Weiters wurde von der AKPE eine "Arbeitsgemeinschaft Betriebsorganisation" (ABO) beauftragt. Hier handelte es sich um einen 370-Millionenauftrag, der entgegen den Normen freihändig zugeschlagen worden sei. An dieser ABO sind beteiligt: eine deutsche Gesellschaft, ein deutscher Planer die gemeindeeigene Odelga und die ÖKODATA, die mehrheitlich einem Herrn Bauer gehört. Demselben Herrn Bauer übrigens, der auch an Androschs' Consultatio beteiligt ist. Diese ABO vergab Aufträge an eine Tochterfirma Med Consult und diese vergab wieder Aufträge weiter, darunter an eine Techmed Development Limited, mit Sitz auf einer Kanalinsel.

All diese vielen Kapitalgesellschaften haben nichts direkt mit dem Bau des AKH zu tun, sondern sind ausschließlich Planer und Manager des Baus und der Betriebseinrichtung. Doch sie entscheiden auch über die Vergabe der Großaufträge an die verschiedenen Bau- und Einrichtungsfirmen. Je größer ein Projekt, je größer die Aufträge, umso größer der Konkurrenzkampf. Schon bei kleinen Wohnbauprojekten sind Bestechungen und Übervorteilungen in den verschiedensten Formen üblich. Beim AKH-Projekt allerdings nahmen sie überdimensionale Formen an. Das breite Spektrum der am Managment beteiligten Firmen wiederspiegelt die breite Beteiligung verschiedenster Gruppen des Finanzkapitals am gesamten Bau. Wenn heute einige "Unzulänglichkeiten" aufgedeckt werden, so geschieht das ausschließlich deshalb, weil der eigentliche "Skandal" vertuscht werden soll: Nicht die Korruption und Bestechung hat zu den Problemen beim Bau geführt, sie ist nur selbst Teil dieser Probleme.

Das wahre Problem liegt darin, daß die Bourgeoisie nicht bereit ist, derartige Mengen von Geld für Zwecke der Gesundheitsversorgung "hinauszuwerfen" und daß sie nicht imstande ist, Projekte dieses Ausmaßes koordiniert abzuwickeln. Zu sehr weicht in diesen Größenordnungen das "gesellschaftliche Gesamtinteresse" zurück, hinter die Profitinteressen der einzelnen Gruppen des Kapitals, die wiederum so mächtig sind, daß es der Staat nicht schafft, sich gegen sie durchzusetzen.



Miserable Gesundheitsversorgung in Wien

Über den katastrophalen Bettenmangel in den Wiener Spitälern kann fast jeder, der sich dort in den letzten Jahren, sei es als Patient, sei es als Besucher, sei es von Berufs wegen aufhielt, ein Liedchen singen.

"Notbetten" die in die Krankenzimmer hineingestopft werden und Betten am Gang gehören zum Routinebetrieb einer jeden Station in den Gemeindespitälern. Oft führt die Raumnot aber sogar dazu, daß zusätzliche Betten im Bad, im Leichenkammerl oder gar auf dem Balkon aufgestellt werden müssen. Es versteht sich von selbst, daß für die überzähligen Patienten kein zusätzliches Personal eingestellt wird, sondern deren Pflege nur mittels Mehrarbeit des vorhandenen Personals gewährleistet wird.

Der Bedarf an Spitalsbetten ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen

Kamen 1971 auf 1.000 Wiener noch 172,9 Spitalsfälle, so ist dies bis 1978 auf 205,5 gestiegen. Aber nicht nur die Spitalsaufnahmen stiegen an, auch von den Spitalsambulanzen wurden wesentlich mehr Menschen behandelt. 1971 wurden 1.137.609 Menschen in den Spitalsambulatorien behandelt – 1977 waren es bereits um 18.4% mehr, nämlich 1.347.407

Diesem schnell wachsenden Bedarf an Spitalsbetten und -leistungen der Spitäler wurde in den letzten Jahren in völlig unzureichender Weise Rechnung getragen. In Wien wurde seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges kein einziges neues zusätzliches Krankenhaus errichtet. Dort, wo es zu Neubauten bzw. Umbauten kam, wie etwa bei der Krankenanstalt Rudolfsstiftung wurde die Bettenanzahl sogar reduziert.

Auch wurden in den Bezirken Wiens, wo es in den letzten Jah-
konkretisiert für Wien der "Ziel-
plan für Krankenversorgung und

ren zu einer Zunahme der Bevölkerung kam, die vorhandenen Spitäler in keiner Weise ausgebaut. So gibt es für die über 200.000 Menbschen, die in den Bezirken nördlich der Donau leben, nur das Floridsdorfer Krankenhaus mit 267 Betten.

Die Zahl der Spitalsbetten in Wien ist seit 1971 um 1.5% reduziert worden – von 24.437 im Jahre 1971 auf 24.068 im Jahr 1978.

Der Bedarf an Spitalseinrichtungen wird in den kommenden Jahren keinswegs zurückgehen – im Gegenteil, angesichts der als Folge der kapitalistischen Produktion ständig anwachsenden Faktoren, die die Gesundheit der Menschen untergraben (Umweltzverschmutzung, Gifte in Lebensmitteln, Unfälle, Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit, etc.) wird er weiter steigen. Dazu kommt, daß die heutigen "Volkskrankheiten", wie Herzkreislauferkrankungen, Krebs, Krankheiten der Verdauungsorgane etc. komplizierte Behandlungsmethoden erfordern und oft erst durch aufwendige Untersuchungen die richtige Diagnose erstellt werden kann.

Die Anforderungen ans Gesundheitswesen werden weiter steigen, die vorhandenen Einrichtungen entsprechen schon heute nicht mehr dem Notwendigsten. Was planen die Bourgeoisie und ihre Politiker um in dieser Situation zurechtzukommen?

Für Dr.Stummvoll von der Industriellenvereinigung ist das Hauptprobelem, daß "die Kosten der Spitäler im letzten Jahrzehnt wesentlich stärker gestiegen sind, als das Brutto-Sozialprodukt." Die fürs Gesundheitswesen ausgegebenen Steuergelder und Sozialversicherungsbeiträge will Stummvoll lieber in Kapital angelegt wissen, er träumt von "Milliardenbeträgen die sich durch Rationalisierungen und Reorganisierung einsparen ließen" (zit. aus: "Die Industrie" 7/76) Die von der Industriellenvereinigung angestrebten Ziele Altenhilfe in Wien", der am 31. Jänner 1975 einstimmig vom Wiener Gemeinderat genehmigt wurde.

Dieser Zielplan – nach dem dafür zuständigen Stadtrat auch "Stacher-Plan" genannt, geht ebenfalls von dem Standpunkt aus, daß sich in Wien viele teure Spitalsbetten einsparen ließen. Für 1985 läßt Stacher einen Bedarf von insgesamt 9.870 Betten prognostizieren und nennt diesen gigantischen Spitalsbettenabbau "Konzentration des Bettenangebotes." Durchsetzen will er diesen Bettenabbau, indem er die alten Menschen auf billige Pflegeplätze abschiebt, möglichst wenig Leute überhaupt ins Spital aufnimmt und die Patienten aus den Spitalsbetten so schnell als möglich wieder hinauswirft.

Insbesondere die 8 städtischen und 24 nichtstädtischen Krankenhäuser, die weniger als 300 Betten haben, sind Stacher ein Dorn im Rationalisierungs-Auge: "In diesem Zusammenhang ist zu überlegen, Krankenanstalten mit besonders niedriger Bettenkapazität ganz aufzugeben."

Die Fertigstellung des neuen AKH wäre für die Wiener Bevölkerung unter dem Gesichtspunkt der Stacher-Drohungen keinesfalls eine Verbesserung. Denn erstens wird es sich hierbei um ein "Zentralkrankenhaus" handeln , in dem "normale" Patienten von der Straße mit gewöhnlichen Krankheiten nur in Ausnahmefällen Zugang haben werden – nämlich, wenn sie bereit sind, als Lehrmaterial für Studenten und Versuchskaninchen für wissenschaftliche Forschung zu dienen. Zweitens wird die Bettenanzahl im neuen AKH um einiges geringer sein, als im alten AKH (2.400 statt 2.987). Von diesen 2.400 Betten sind erfahrungsgemäß nur ca. 60% durch Wiener zu belegen. Beim Rest handelt es sich um Patienten aus den Bundesländern und aus dem Ausland.

Eritrea, Ogaden: SU und Äthiopier zurückgedrängt

Kaum dringen Nachrichten über den nationalen Befreiungskampf des Volks von Eritrea gegen die von der Sowjetunion ausgehaltenen und befehligten äthiopischen Besatzer in die österreichischen Medien. Die österreichische Bourgeoisie hat kein Interesse daran, daß der von den Sozialimperialisten inszenierte Völkermord in Eritrea aufgedeckt wird, würden dadurch die Entspannungsillusionen doch einen weiteren Schlag erhalten.

Bereits fünf Offensiven der unter Führung der russischen Militärberater stehenden äthiopischen Armee und der kubanischen Hilfstruppen haben die eritreischen Befreiungskämpfer im Zeitraum zwischen Sommer 1978 und Sommer 1979 zurückgeschlagen. Die fünfte, an den Fronten von Alghena und Nafca, die mit Bombern und Giftgaseinsatz durchgeführt wurde, hat allein den Tod von 6.000 Äthiopiern zur Folge gehabt. Auch diese Offensive konnte den Volkswiderstand, den Befreiungskampf, den Kampf für ein unabhängiges Eritrea nicht brechen. Die Partisanenarmee hatte sich zwar aus einigen Städten in die Gebirgsgegenden zurückziehen müssen, konnte aber ihre Kampfkraft zu erhalten.

Im Februar dieses Jahres kam es zu einer einwöchigen Schlacht nördlich des Hafens Assab, bei der 450 Feinde getötet wurden. Der Versuch der Aggressoren, aus ihren befestigten und von der Befreiungsarmee der Eritreer eingeschlossenen Stellungen in Thio und Bayul auszubrechen, scheiterte vollständig. Der Feind hatte nicht nur Menschenverluste erlitten, sondern auch Panzer und anderes Kriegsmaterial eingebüßt.

Im März nahmen die eritreischen Freiheitskämpfer laut einer kurzen Meldung des ORF mehrere tausend äthiopische Soldaten fest, nachdem sie sie eingekesselt hatten.

Einige Landesteile konnten in den vergangenen Wochen und Monaten wieder befreit werden, die Stadt Afabet, die im Vorjahr nach Bombenangriffen vom Feind neuerlich besetzt worden war, ist heute von den Befreiungskräften wiederum eingeschlossen.

Das von den Sowjets ausgehaltene Regime in Addis Abeba, das nun gezwungen ist, mit dem Sudan Verhandlungen zur Beilegung der Schwierigkeiten zu führen, die durch Angriffe der äthiopischen Armee auf Eritreerlager im Sudan hervorgerufen worden waren, hat auch mit den Somalis größte Schwierigkeiten. Die Befreiungsfront von Westsomalia meldete Mitte März die Ausschaltung von 2.200 äthiopischen Soldaten und die Zerstörung von 105 Panzern und gepanzerten Fahrzeugen. 1.500 Äthiopier wurden gefangengenommen. Die Befreiungsfront spricht davon, daß sie bereits 90% des Gebiets von Ogaden kontrolliert.



Kampucheas Armee: Erfolge gegen Vietnam

Anstatt daß sie sich das Land, wie sie geplant hatten, in der seit Oktober andauernden Trockenzeit hätten einverleiben können, mußten die vietnamesischen Aggressoren in diesen Monaten eine stetig steigende Verlustrate hinnehmen. Sie betrug vom 16.Februar bis zum 6.März 9.417 Mann - täglich 469! In einer dritten Offensive wollen sie bis Mitte Mai, dem Beginn der nächsten Regenzeit, die Entscheidung suchen.

Die Vietnamesen intensivieren die Giftgasbombardements der befreiten Gebiete. In den von ihnen zeitweilig besetzten Gebieten greifen sie zu immer bestialischeren Methoden gegen die kampucheanischen Massen: In der Provinz Preah Vihear enthaupteten sie am 29. Jänner fünf Männer, weil sie die Armee und Guerillas des Demokratischen Kampuchea mit Nahrungsmitteln versorgten, und trugen ihre Köpfe auf Stöcken durch die umliegenden Dörfer. Im Pailin-Distrikt stachen sie einem alten Mann die Augen aus, weil er sich weigerte, als Spion für sie tätig zu sein. Gegen diesen Terror erheben sich zusehends die von den Vietnamesen zwangsrekrutierten "Selbstverteidigungsgarden". In der Oddar Meanchey-Provinz töteten sie Ende Jänner vierundneunzig Offiziere; in der Provinz Stung Treng warfen Selbstverteidigungsgarden Granaten auf eine Versammlung vietnamesischer Offiziere und töteten zehn. Als Folge des langandauernden Widerstandskampfes gegen die Besatzer nehmen auch die Desertionen bei den Besatzern zu. Es sind bereits mehrere Dutzend täglich, die sich nicht im Interesse des vietnamesischen und sowjetischen Expansionismus verheizen lassen wollen und flüchten, oder, wie Anfang Februar im Nordwesten, sich kompanieweise erheben und ihre Kommandeure erschießen.

Der Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea, Khieu Samphan, hat am 27. Februar eine Gruppe von fünfzig ausländischen Journalisten in einem befreiten Gebiet der Nordprovinz Oddar Meanchey empfangen.

Ein Korrespondent des jugoslawischen Pressedienstes Tanjug berichtet über das Gespräch mit Khieu Samphan:

Die Kämpfer konnten auch dem dritten Ausrottungsfeldzug der Vietnamesen in dieser Trockenzeit widerstehen und einen langen Zermürbungskrieg führen. Die regulären Einheiten des Demokratischen Kampuchea bestehen aus 50.000 Mann, außerdem sind Lokalverbände da, die die Bewohner vieler Dörfer selber gegründet haben. Sie operieren in der Umgebung der Dörfer, und wenn sie unter dem Druck des Feindes ihr Terrain verlassen müssen, schließen sie sich den regulären Armee-Einheiten an. Zur Vorbereitung auf den ersten Kongress der Patriotischen und demokratischen Front werden jetzt überall Versammlungen durchgeführt. In seiner Antwort auf die Frage, ob die Kräfte des demokratischen Kampuchea Hilfe aus dem Ausland erhalten, sagte Khieu, daß "wir Freunde haben, die uns versorgen möchten mit Kriegsmaterial. Das Problem besteht aber im Transport dieses Materials. Jetzt haben wir diese Hilfe nicht notwendig. Wir kämpfen mit Waffen, die wir vor der vietnamesischen Invasion bewahrt haben und wir haben auch die Produktion jener Waffen organisiert, die für die Führung eines Guerillakampfes notwendig sind". Die Journalisten sprachen auch mit dem Befehlshaber der Region, der gerade einen Bericht zurückgekehrter Kämpfer erhalten hatte. "Angabe über die Verluste des Feindes werden wir später von unseren Informanten im Ort, wo die vietnamesischen Truppen stationiert sind, erhalten. Diese werden das leicht erfahren, wenn die Vietnamesen in ihre Garnison zurückkehren. Das Volk benachrichtigt uns über alles, über die Lage in den einzelnen Gebieten, über die Haltung der Vietnamesen und der Verräter Heng Samrins, über feindliche Truppenbewegungen. Auf Grund dieser Berichte planen wir unsere Aktionen".

Auf die Frage, ob die Einheit, die gerade von einer Aktion zurückgekehrt war, Verluste gehabt habe, antwortete er, seine Kämpfer wendeten die Taktik "hit and run" - "Zuschlagen und verschwinden" - an, sodaß die Verluste relativ gering seien. Zwei der Kämpfer seien allerdings verwundet worden.

(tanjug, 6.3.80)

Die Bedeutung der Unabhängigkeit Zimbabwes

Am 18.April wird Zimbabwe seine Unabhängigkeit erklären. Nach mehr als vierzehn Jahren des bewaffneten Volkskrieges gegen das weiße Siedlerregime hat die Patriotische Front, der Zusammenschluß der beiden Befreiungsbewegungen ZANU und ZAPU, die Macht im Land übernommen. Damit wurde im Land selbst eine neue Lage geschaffen, und gleichzeitig hat sich das Kräfteverhältnis im südlichen Afrika stark verändert. Aber auch eine Reihe von großen Problemen zeigen sich nun deutlich.

Im alten Rhodesien hatte die Minderheit von 220.000 Weißen den Großteil des bebaubaren Landes in ihren Händen, die fast sieben Millionen schwarzen Zimbabwer besaßen praktisch nichts oder nur winzigen und schlechten Boden. Die Fabriken und Minen gehörten ebenfalls weißen Kapitalisten. Daher ist ein Grundpfeiler des Programms der Patriotischen Front die Lösung der Landfrage, die Beendigung des Landraubs. Als ersten Schritt hat Präsident Mugabe die Verteilung des nicht bebauten Landes, der Grundstücke von Auswanderern angekündigt. Die weißen Farmer also sollen ihr Land zumindest vorläufig noch behalten. Das kann nur eine vorübergehende Lösung sein, um die Ruhe im Lande aufrechtzuerhalten und die Macht der Patriotischen Front zu festigen, vor allem in militärischer Hinsicht. Andererseits muß es zwangsläufig eher früher als später zu einer Lösung kommen, in der die schwarzen Zimbabwer genügend Land bekommen, und zwar von den weißen Farmern, die das beste Land besitzen.

Ähnlich kompliziert ist die Lage in den Fabriken, wo bisher Hungerlöhne gezahlt wurden und schlechte Arbeitsbedingungen herrschten. 16.000 Arbeiter gingen vor mehr als einer Woche in den Streik, um ihre Interessen auszudrücken. Von Mugabe als "unentschuldbare Aktion" eingeschätzt, konnte der Streik von Regierungsvertretern durch Überzeugungsarbeit zum Abbruch gebracht werden. Die schwierige wirtschaftliche Lage erlaubte derzeit noch keine wenn auch noch so gerechtfertigte Verbesserungen. In der Tat drängen auch hier die Widersprüche zwischen der kapitalistischen Struktur der Industrie, von den Siedlern geschaffen wurde, und den Interessen der werktätigen Zimbabwer nach einer radikalen Lösung.

Große Probleme bringt auch die Tatsache, daß der alte Staatsapparat der Siedler nicht zerschlagen, sondern von der Patriotischen Front vorerst nur übernommen worden ist. Entsprechend zahlreich sind noch die Möglichkeiten der weißen Minderheit, sich Einfluß zu verschaffen.

Die Lösung all dieser Fragen im Interesse des Volks von Zimbabwe wird der Prüfstein für die Patriotische Front sein, die heute das Vertrauen der überwältigenden Mehrheit besitzt. Das und der Wille der Massen, die Unabhängigkeit für eine Revolutionierung der Gesellschaft und für ein besseres Leben zu nutzen, ist der stärkste Faktor dafür, daß dieser Weg beschritten werden kann.

DIE INTERNATIONALE LAGE

Im südlichen Afrika hat sich durch die Unabhängigkeit Zimbabwes stark zugunsten der Völker verändert. Zimbabwe wird, so Mugabe, "im Rahmen der OAU alles tun, um den Befreiungskampf in Südafrika zu unterstützen". Während das Begräbnis von Freiheitskämpfern des ANC vor kurzem zu einer Kundgebung tausender Afrikaner gemacht wurde, zeigen sich in der Führung des rassistischen Siedlerregime in Pretoria erste Differenzierungen als Antwort auf Zimbabwes Unabhängigkeit. Es gibt Streit, ob man den Kurs der brutalen Niederschlagung jeglichen Widerstands fortsetzen oder zugleich Köder für "gemäßigte schwarze Führer" auslegen sollte. Die Bedingungen für den Volkswiderstand in Azania haben sich jedenfalls verbessert. Heute ist der Ruf nach sofortiger Freilassung des inhaftierten Führers Nelson Mandela unüberhörbar geworden.

Gebessert hat sich die Lage in Mozambique, das die Patriotische Front durch Gewährung von Lagern unterstützt und viele Opfer auf sich genommen hat: 1335 Tote, noch mehr Verwundete, riesige Sachschäden haben die rhodesischen Überfälle gekostet. Nun wurden Umstrukturierungen in der Wirtschaft beschlossen (teilweise Reprivatisierung kleinerer Gewerbe- und Handelsbetriebe) und die Erhöhung der Ankaufpreise für landwirtschaftliche Produkte angekündigt. Die Erleichterung der wirtschaftlichen Lage und die Zusammenarbeit mit dem neuen Zimbabwe und seinen Nachbarländern könnte Mocambique auch helfen, dem schweren Druck der Sowjetunion besser standzuhalten.

Äußerst wichtig ist die internationale Anerkennung und Unterstützung des neuen Zimbabwe. Es hat sich blockfrei, unabhängig deklariert und die Aufnahme in die UNO und den Commonwealth beantragt.

Die Ankündigung der Europäischen Gemeinschaft, mit Zimbabwe umfangreiche wirtschaftliche Beziehungen aufzunehmen, ist eine Chance und eine Gefahr zugleich. Eine Chance insofern, als Zimbabwe dringend die moderne Technologie und die Zusammenarbeit mit den Industrieländern braucht und sich durch Kooperation mit der EG besser gegen die wirtschaftlichen und politischen Einmischungsbestrebungen der Sowjetunion behaupten kann. Eine Gefahr insofern, als die westlichen Imperialisten natürlich ihre eigenen Interessen im Auge haben, an den Ausbeutungsstrukturen des alten Rhodesien möglichst wenig zu verändern, die alten Beziehungen zu nützen, um ihre alte Plünderung in neuer Form fortzusetzen und vielleicht sogar ein Comeback der alten Herren vorzubereiten, wenn sie die Zeit dafür gekommen sehen. All den finsteren Plänen, die da verfolgt werden, müssen wir in Österreich und in den anderen Industrieländern entgegentreten, damit die Wirtschaftsbeziehungen tatsächlich zum Nutzen des zimbabwischen Volkes verlaufen.

Zum Teil ist die Vorsicht, mit der Mugabe an gesellschaftliche Veränderungen herangeht auf die Politik der Sowjetunion zurückzuführen, die überall Ansatzpunkte für eine Einmischung sucht. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, das derzeitige Leisetreten der alten Siedler sind ungünstig für sie. Die Sozialimperialisten setzen auf Spaltung. Sie hatten versucht, die ZAPU gegen die ZANU auszuspielen, und sie suchen auch jetzt nach einem Einfallstor. Verständlich, daß die Sowjetunion die Bedeutung der Unabhängigkeit Zimbabwes eher herunterzuspielen versucht. Während die Volksrepublik China Zimbabwe umfassend unterstützen wird und zum Unabhängigkeitstag Aussenminister Huang Hua schickt, ist die Sowjetunion nur durch einen untergeordneten Funktionär vertreten. Einige Ostblockstaaten (DDR, Ungarn, CSSR) sind überhaupt nicht eingeladen worden.

Ein revolutionärer, aus dem Befreiungskampf hervorgegangener Staat, der sich so deutlich gegen den Hauptkriegstreiber von heute, den Sozialimperialismus, abgrenzt, ist eine wichtige Ermutigung für den antihegemonialen Kampf auf dem ganzen Kontinent. Angesichts der sowjetischen Präsenz in zahlreichen afrikanischen Staaten und der Brutalität der UdSSR gegenüber den Völkern, deren "Freundschaft" sie sich erschmeicheln will, ist die Wachsamkeit Zimbabwes gegen diesen Hauptfeind besonders wichtig.

Olympiade: Kreisky biedert sich SU an

"Die Spiele der Hauptstadt des ersten sowjetischen Staates zu überantworten, war ein überzeugender Beweis der allgemeinen Anerkennung der historischen Bedeutung und Richtigkeit der Außenpolitik unseres Landes", ließ vor einem Jahr die Kremelführung ins "Handbuch für Parteiaktivisten" drucken.

Dieses eindeutigen Beweises hätte es eigentlich gar nicht bedurft, um zu zeigen, daß die Sowjetunion die olympischen Spiele zu einer Propagandavorstellung für ihre "Friedfertigkeit" zu machen gedenkt. Schon früher hat es daher in vielen Ländern Bestrebungen mit dem Ziel gegeben, dieses Manöver zu durchkreuzen. Olympia 1936, Provokation und Heuchelei Hitlerdeutschlands zugleich, mahnte dazu, Moskau 1980 zu verhindern.

Der brutale Überfall der Sowjetunion auf Afghanistan, der weltweite Empörung hervorrief, löste schließlich in vielen Ländern Boykottbeschlüsse zu Moskau aus. Die Konferenz islamischer Länder, die Volksrepublik China, mehrere asiatische Staaten und die USA erklärten, keine Sportler in die UdSSR zu entsenden. Und Österreich?

Kreisky war von Anfang an gegen einen Boykott. Er vertrat und vertritt das Argument, mit einem Boykott könne man keinen einzigen Sowjetsoldaten aus Afghanistan holen. Ähnliches hörte man von Brandt und anderen Beschwichtigungspolitikern.

Als ob das jemand gedacht hätte. Die Sozialimperialisten wird das afghanische Volk schon selbst aus dem Land jagen. Aber ob man der sowjetischen Aggressionb zuschaut, oder Maßnahmen gegen sie setzt, ist sehr wichtig, und nicht nur für Afghanistan. Politiker vom Schlage eines Kreisky, der die Sowjetunion durch Herunterspielen ihrer Gefährlichkeit durch Schönfärberei ihrer Politik beschwichtigen will, hatten beim Einmarsch der sowjetischen Truppen nur papierene Proteste übrig. Die Ablehnung eines Olympiaboykotts bedeutet bloß, auch hier die größten Kriegstreiber in Schutz zu nehmen. Bedeutet, einen Schritt abzulehnen, der der Sowjetunion zumindest große Schwierigkeiten bereitet und sie isoliert.

Der amerikanische Präsident hatte im Zusammenhang mit der Olympiaboykott den Vorschlag gemacht, eine Gegenolympiade abzuhalten. Das hätte klarere Fronten gebracht. Nun ist Carter schon wieder davon abgerückt und will sich alles offen lassen. Er scheint auch bereits, was den Boykott selbst betrifft, einzulenken, wenn er erklärt, daß Sportler selbstverständlich als "Privatpersonen" nach Moskau fahren können.

Damit läßt sich Carter auf eine Rückzugslinie ein, auf die sich bereits eine Reihe westeuropäischer Regierungen und Olympische Komitees festgelegt haben und die den Sozialimperialisten sehr recht sein kann.



Die europäischen olympischen Komitees aus 16 Staaten haben diese Haltung in einer Resolution zusammengefaßt: Um der "Einheit, Unabhängigkeit und Kontinuität der olympischen Bewegung" willen soll es jedem Sportler und jedem Sportverband selbst überlassen sein, ob er nach Moskau fährt, oder nicht. Auch der ÖOC-Delegierte Kurt Heller hat dem zugestimmt. Olympia sei keine politische Angelegenheit, die Sportler hätten sich jahrelang vorbereitet usw. wird da vertreten.

Seltsame Gedankengänge. Da werden auf einmal sportliche Vorbereitungen gegen den Befreiungskampf gegen einen Aggressor aufgewogen. Da wird das Argument gebracht, daß trotz Krieg und Völkerrecht eine sogenannte "Unabhängigkeit" des Sports hochgehalten werden müsse. Heute kann das alles nur dazu dienen, die von den Kreml-Zaren geplanten "Friedensspiele" trotz allem noch zu retten.

Und obwohl die Revisionisten aller Länder in den letzten Wochen neue Hoffnung schöpften, wird es trotzdem kein neues Berlin 1936 geben. Eine Reihe von Staaten wird sicherlich keine Sportler entsenden. In den USA haben sich 78% der Bevölkerung für den Boykott ausgesprochen. Andere Stgaaten haben sich noch nicht entschieden und wollen die Anmeldefrist bis zum 24. Mai noch abwarten. Das eröffnet die Möglichkeiten, Druck auf die jeweiligen Regierungen und Sportverbände auszuüben. So wenig mandie Wirkung eines Olympiaboykotts überschätzen darf, so muß man sich dennoch vor Augen halten, daß es sich um einen Baustein im Aufbau einer Front gegen die Kriegstreiberei der Sowjetunion handelt.

PLO weist zionistische Lügen zurück

Vor einiger Zeit veröffentlichten die "Presse" und das "Volksblatt" angebliche Interviewes mit PLO-Vorsitzendem Arafat, die durchblicken lassen sollten, daß die PLO unter bestimmten Umständen bereit sei, die "Existenz Israels anzuerkennen". Es handelt sich um eine zionistische Fälschung, die einzig und allein darauf abzielt, angesichts der weltweiten Isolierung des rassistischen Siedlerstaates Israels und der Anerkennung der PLO als der Vertreterin des palästinensischen Volkes Verwirrung zu stiften. Daher bringen wir das folgende Dementi des akkreditierenden PLO-Vertreters in Wien, Dr. Ghasi Hussein, sowie eine Grundsatzerklärung der PLO.

ZU DEN LÜGEN DER PRESSE DER LETZTEN TAGE

Die "Wochenpresse" und das "Volksblatt" veröffentlichten Auszüge aus einem gefälschten Interview Arafats in der venezolanischen Zeitung "El Mundo", obwohl das von Arafat sofort in der internationalen Presse dementiert worden ist. Arafat sagte wörtlich: "Ich habe das überhaupt nicht gesagt. Was in Caracas veröffentlicht wurde, ist eine Erfindung und Fälschung."

Obwohl die "Presse" vom 25.3.1980 diesbezüglich auch ein Dementi zu Arafats Interview veröffentlichte, ist es besonders bedauerlich, daß das "Volksblatt" am 26.3.1980 diese Fälschungen wiederholte. Deshalb möchte ich bekräftigen, daß die zitierten Äußerungen gefälscht sind und von Arafat niemals gesagt wurden.

In einer Zeit, wo die internationale Isolierung Israels infolge seiner expansionistischen und aggressiven Politik zunimmt und die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes und der PLO in Westeuropa ständig wächst, macht sich das "Volksblatt" zum Sprachrohr der Regierung Begin. Die antiarabische und proisraelische Berichterstellungdes "Volksblattes" ist als Belastung der arabisch-österreichischen Beziehungen zu betrachten und dient in keiner Weise einem gerechten Frieden im Nahen Osten.

Dr. Ghasi Hussein, Wien am 1.4.1980

GRUNDSATZERKLÄRUNG DER PLO ZUM ZIONISTISCHEN LÜGENFELDZUG IN WESTEUROPA

Seit seiner Gründung versucht Israel, die Existenz des palästinensischen Volkes zu liquidieren, um Groß-Israel zu gründen. Bis heute führte Israel deshalb drei Aggressionskriege und mehrere Massaker.

Israel ist Produkt des Zionismus. Die zionistische Ideologie ist eine rassistische Ideologie, wie der Nazismus in Deutschland und die Apartheid in Südafrika. Israel betreibt Rassendiskriminierung zwischen Juden und Arabern, zwischen europäischen und orientalischen Juden. Diese Diskriminierung, die Blitzkriege und die Zusammenarbeit zwischen Israel und Südafrika zeigen deutlich den rassisitischen Charakter des Staates Israel.

Die israelischen Praktiken im Nahen Osten sind wie die von Hitler-Deutschland in Europa. Hitler entfesselte Blitzkriege, Israel auch. Hitler liquidierte das Dorf Lidice, Israel das Dorf Dei-Las-sin. Warum spricht man nur von Naziverbrechen an Juden und nicht auch von den zionistischen Verbrechern am palästinensischen Volk? Begins Regierung ist eine Tragödie im 20. Jahrhundert. Das Blut unzähliger palästinensischer Frauen und Kinder in den Flüchtlingslagern ist noch warm. Die Dreistigkeit der israelischen Machthaber, die glauben, durch die Liquidierung des paläsinensischen Volkes ihre eigene Existenz aufbauen und erhalten zu können, hat die Welt seit dem ruhmlosen Abgang Hitlers noch nicht erlebt.

Die jetzige israelische Regierung setzt sich aus Banditen, Terroristen und Kriegsverbrechern, wie z.B. Begin und Shamir, zusammen. Die israelischen Expansionskriege gefährden nicht nur den Frieden im Nahen Osten, sondern in der ganzen Welt. Um den Völkermord am palästinensischen Volk zu verschleiern, spricht die zionistische Propaganda von der angeblich in der Charta (der PLO) enthaltenen Vernichtung Israels. Wir fordern nicht die Vernichtung Israels. Wir fordern Selbstbestimmungsrecht, Rückkehr und die Gründung eines palästinensischen Staates gemäß der UNO-Charta und den Beschlüssen. Darauf haben wir ein Recht wie alle anderen Völker.

Österreichische Waffen – gut für Saudiarabien

Im Rahmen des ersten Abkommens über Zusammenarbeit im militärischen Bereich zwischen Saudiarabien und Österreich kaufte das arabische Land vorerst militärisches Material, Handfeuerwaffen vor allem, im Wert von 40 Millionen Dollar. Die Saudis prüfen weiteres Material, einschließlich der Kürassier-Panzer.

Mehreres fällt an diesem Geschäft auf: Erstens eine weitere Bestätigung des von Saudi-Arabien eingeschlagenen Wegs, die Armee des Landes so weit wie möglich unabhängig aufzubauen. Dies ist in einem Land, das überhaupt nichts Militärisches selbst erzeugen kann, nur beschränkt möglich und muß vor allem darin bestehen sich nicht auf ein einziges Lieferland zu konzentrieren. Die nahezu einzige Importquelle war bisher die USA, die auch heute noch den Löwenanteil von Saudi-Arabiens Waffen liefert. Noch hat sich die neue saudische Politik noch nicht in vielen Abkommen realisiert, wenngleich schon einfache Gespräche, wie jene mit Frankreich wegen der Mirage-Bomber, in den USA Hektik erzeugten.

Die USA versuchten immer wieder, die Lieferung von militärischer Ausrüstung an Bedingungen zu knüpfen. Die Lieferung der F-15-Kampfflugzeuge etwa daran, daß sie an bestimmten Plätzen nicht stationiert werden dürfen, kurz, sich in die Verteidigungspolitik des Landes einzumischen. Einsichtig, daß solcher Druck von europäischen Ländern nicht so leicht ausgehen kann. Auf der anderen Seite aber können die Bedürfnisse des Landes keinesfallls gedeckt werden ausschließlich durch Importe aus mittelgroßen und kleinen imperialistischen Ländern. Es geht immer nur darum, die negativen Wirkungen des Monopols der Imperialisten auf Kriegsgerät möglichst einzuschränken, durch Ausnutzung deren Konkurrenz untereinander.

Tatsächlich kann die österreichische Bourgeoisie ihre Chancen objektiv am besten realisieren, in Form der Aasgeier-Politik. Die österreichischen Kapitalisten machen überall dort Geschäfte in der Dritten Welt, wo der Einfluß der USA, oder auch der sowjetischen Supermacht zurückgedrängt wird. Der fortgeschrittenen Stand des Kampfes der unterdrückten Völker und Nationen äußert sich eben auch darin, daß imperialistische Politik für eine ganze Reihe imperialistischer Länder erfolgreich nur noch zu praktizieren ist, mit den Zusammenschlüssen der Dritten Welt.

Das Waffengeschäft, das Rösch in Saudi-Arabien aushandlete, ebenso wie die Anerkennung der PLO – überall entsteht der Eindruck, als ginge die österreichische Bourgeoisie international in die Offensive. Es verhält sich indessen ganz umgekehrt.

Die österreichische Bourgeoisie hat die Sache zum Teil schneller begriffen, als andere. Sie tat sich leichter, weil sie nicht so viel zu riskieren hat. In der Offensive aber sind die arabischen Völker und Länder.

Was vielleicht etwas neu ist, sind die zum guten Teil weggefallenen Bedenken gegenüber den Israel bekämpfenden Arabern. Gleichzeitig geht es natürlich auch um Erdöl. Österreich bezog in der Vergangenheit relativ wenig Öl aus Saudi-Arabien (3.5% des gesamten Imports an Öl und Ölprodukten im Jahr 1978) und dieses nicht von den nationalen Gesellschaften des Landes. Wie allen westeuropäischen Imperialisten geht es auch den österreichischen hier nicht so sehr um Zusammenarbeit zwecks gemeinsamer Interessen, sondern um das bloße Interesse, den Ölbedarf abzusichern. Das geht aber heute nicht mehr ohne entsprechende Politik. Und wer diese Politik so relativ offensiv durchführt, wie die Regierungspartei, der hat es dann in der ökonomischen Konkurrenz etwas leichter. Immer aber noch steckt die Absicht dahinter, saudisches Öl zu bekommen, das billiger ist, als anderes saudisches. Nötig für die Sicherheit Österreichs wäre es, die arabischen und nordafrikanischen Bezugsquellen viel stärker zu nutzen, gegenüber den sowjetischen. Der Anteil der SU an Österreichs Ölimporten geht aber keineswegs zurück.

Alle Imperialisten wollen billiges Öl. Manche, vor allem die beiden Supermächte betreiben dies unter anderem über eine auf die Spaltung der OPEC ausgerichtete Politik. Den österreichischen Imperialisten könnte eine Spaltung der OPEC nichts bringen, im Gegenteil.

Die Hauptseite ist der Fortschritt im Kampf um die Unabhängigkeit Saudi-Arabiens, den dieses Geschäft reflektiert. Nicht Kreisky ist "weitblickend", sondern die Regierungen der arabischen Länder und die PLO.

Schweiz: Gebührende Antwort auf sowjetische Provokation

Ein besonderes Beispiel sozialimperialistischer Frechheit lieferte vor vierzehn Tagen die Sowjetunion in der Schweiz. Ganz im Stile Hitlers beschwerte sich die Botschaft in einer Verbalnote gegenüber dem Informationschef des Schweizer Außenministeriums, von den Schweizer Massenmedien werde eine "systematische antisowjetische Kampagne" durchgeführt, deren Ziele es sei, so wörtlich, "die friedliebende Politik des Sowjetstaates zu entstellen, Argwohn und feindliche Verhalten gegenüber den sowjetischen Institutionen und Bürgern in der Schweiz hervorzurufen."

"Während sie diese Erklärung macht", heißt es in der Note weiter, "erwartet die Botschaft, daß vom Eidengenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten Maßnahmen zur Einstellung der gegenüber der Sowjetunion feindlichen Propaganda in der Schweiz ergriffen werden."

Diese plumpe Forderung nach Selbstzensur wurde von den Schweizer Journalisten gebührend zurückgewiesen. Dr. Sager, der Leiter des Schweizer Ostinstituts, stellt die Provokation Moskaus in einen größeren Rahmen. Es könne nicht davon ausgegangen werden, "daß die Sache erledigt ist mit der Rückweisung, noch daß es damit sein Bewenden hätten im Hinblick auf weitere mögliche Initativen der Sowjetunion gegenüber der Schweiz, anderen neutralen Staaten und auch weiteren Kleinstaaten."

Die "Neue Zürcher Zeitung" warnte, die Schweizer würden sich nicht zu "Duckmäusertum und Wohlverhalten" zwingen lassen. Man sollte sich den krassen Widerspruch dieser mutigen Haltung gegenüber den Gepflogenheiten der österreichischen Presse und der bürgerlichen Parteien vor Augen halten, die den Sozialimperialismus und dessen Verbrechen nicht genug schönfärben und die Kremlzaren nicht oft genug in Schutz nehmen können, wofür sie dann – z.B. auf dem Parteitag der ungarischen Revisionisten, das für diesen schäbigen Dienst verdiente Lob erhalten.

Sowjetunion plündert Afghanistans Erdgasvorkommen

Die iranische Regierung hat die Ausplünderung der afghanischen Erdgasvorkommen durch die sozialimperialistischen Besatzer enthüllt und gebrandmarkt. Während der Weltmarktpreis für 1000 Kubikmeter Erdgas bei 160 Dollar liegt und die UdSSR dem Iran nicht einmal 130 Dollar bezahlen wollte, steigern die Sowjets unter dem Druck ihrer Panzer die Gaseinfuhren aus Afghanistan und zahlen ihrer Marionettenregierung in Kabul 80 Dollar pro 1000 m^3. Geld wird allerdings ohnedies nicht gezahlt. Die Lieferungen sind der Tribut für die Waffenlieferungen an Kabul, die gegen das afghanische Volk und zum Schutz der sowjetischen Kolonialmacht eingesetzt werden.

Zweite Runde der chinesisch-vietnamesischen Verhandlungen erfolglos beendet

Am 6.3. hat das chinesische Außenministerium der vietnamesischen Seite vorgeschlagen, die zweite Verhandlungsrunde zu beenden, die auch nach 10 Sitzungen in 9 Monaten keinen Erfolg gebracht haben. Während Vietnam alle Vorschläge Chinas, die Probleme im Sinne der Prinzipien der friedlichen Koexistenz beizulegen und die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu normalisieren, ablehnt, sind die von der Sowjetunion angestachelten und unterstützten Grenzprovokationen Vietnams weitergegangen. Allein im Jänner und Feber dieses Jahres gab es mehr als 360 Grenzverletzungen. Die Besetzung Kampucheas wurde aufrechterhalten, die Provokationen gegenüber Thailand fortgesetzt, der sowietische Überfall auf Afghanistan unterstützt. Angesichts dieser Haltung Vietnams war die Fortsetzung der Verhandlungen nicht mehr sinnvoll. Die chinesische Seite betonte, Vietnam solle nun "Gelegenheit gegeben werden, sich über die Notwendigkeit der Lösung der anstehenden Fragen klar zu werden."

Demagogischer Wirbel um Kontogebühren

Richtige Arbeiterfreunde...

Ein seltsames Schauspiel wurde vorletzte Woche geboten. Der Kampf "Kreisky kontra Banken", in dem ersterer sich mit vollem Einsatz für die Interessen der Lohnabhängigen in die Schlacht warf.

Um es gleich vorweg zu sagen: Wir sind absolut nicht der Meinung, daß es sich bei den Forderungen der Banken nach Einführung von Kontogebühren um eine harmlose, oder gar um eine gerechtfertigte Maßnahme handelt. Aber da wir ohnehin daran gewöhnt sind, daß Woche für Woche Monat für Monat und Jahr für Jahr neue Belastungen über uns kommen, wollen wir an dieser Stelle lieber einmal die Frage stellen, wie es eigentlich so plötzlich zu Kreiskys unerschrockenem Engagement für die Arbeiterklasse gekommen ist. Die ursprüngliche Forderung der Banken hätte den durchschnittlichen Lohnkonteninhaber etwa 300 bis 350 Schilling pro Jahr gekostet. Sicher kein geringer Betrag. Groß genug um zumindest soviel wegzufressen, was vielleicht die nächste Lohnerhöhung monatlich bringen wird. Wenn die Lohnabhängigen dies als Unverschämtheit empfinden, ist das nicht nur verständlich, sondern vor allem berechtigt. Warum aber hat Kreisky protestiert? Und nicht dazu gleich als Erster, noch bevor der "Sturm aus den Betrieben" losbrach?

Es ist ein knappes Vierteljahr her, da haben wir von Kreisky ganz anderes gehört. Da sprach er etwa von einer "geringfügigen Erhöhung". Damals ging es um die Erhöhung der Beiträge zur Pensionsversicherung. Und die kostet jährlich nicht etwa 300 Schilling oder 500 Schilling, sondern - für den Durchschnittsverdiener - zwischen 800 und 1000 Schilling jährlich.......Wozu aber gerade darauf herumreiten? Hat nicht auch derselbe Kreisky uns im Vorjahr zweimal die Preise für Milch und die Preise für Benzin und Heizöl erhöht? Und hat er uns nicht ("nur" einmal im vergangenen Jahr) die Preise für Brot, Mehl, Bier, Tabakwaren, Strom, Gas, Verkehrsmittel erhöht? Und ist es nicht so, daß sich dieses Jahr (trotz des teuren Vorjahres) nicht einmal der offizielle Preisindex mehr zurückhalten läßt? Wa ist plötzlich in ihn gefahren, daß er nun wegen "geringfügiger" 350 Schilling jährlich wieder an die Arbeiter denkt?

Daß ihm die Teuerung von seinen monatlichen mehr als 100.000,- schon soviel weggefressen hat, daß er die Kontogebühren nicht mehr hätte bestreiten können, ist eher unwahrscheinlich. Und daß er den Banken nicht gönnt, daß sie die Massen auspressen, ist erst recht unwahrscheinlich. Schließlich hat seine Regierung in den 10 Jahren ihres Bestehens auf dem Umweg über Zinsen auf Staatsschulden zig den Massen abgepreßte Milliarden direkt an die Banken weitergeleitet.

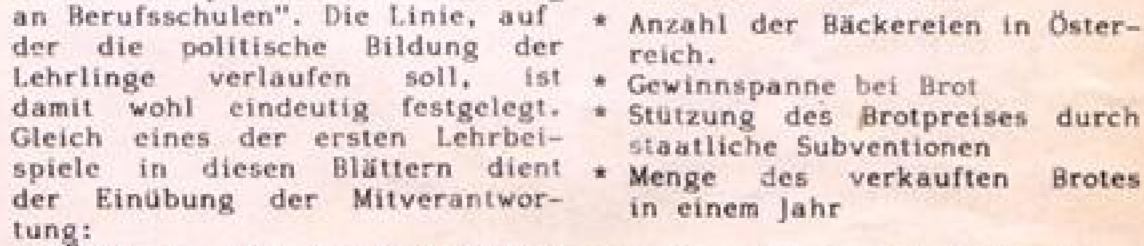
Eher scheint es sich also um eine Schein-Auseinandersetzung zu handeln, mit der die SPÖ gleich zwei Fliegen auf einen Schlag erledigen will: Einerseits kann man sich wieder einmal so richtig als Arbeiterpartei profilieren, zweitens kann man den Arbeitern via "Sturm aus den Betrieben" endlich so richtig Gelegenheit geben, den aufgestauten Unmut und Protest abzulassen. Gelingt es, etwa jetzt vor den Lohnrunden, die Gedanken "jetzt haben wir's ihnen aber einmal gezeigt" und "der Kreisky steht ja doch auf unserer Seite, der macht schon alles für uns" zu verbreiten, so hat das ganze Theater einiges gebracht. Nützliches Nebenprodukt: Daß die Banken gleichzeitig über Einführung einer "Kreditbereitstellungsgebühr" (ab April) und einer "Zinsenfreigabe" (ab Juli) gerade dabei sind, die Kreditkosten zu erhöhen, bleibt dabei vielleicht auch unbemerkt.

Über eines sind sich - nachdem sich der "Sturm" gelegt hat - ohnehin alle bereits einig: Auch wenn die Banken inzwischen völlig auf die Einführung der Kontogebühren "verzichtet" haben: Auch diese Ausplünderungsmaßnahme kommt bestimmt noch.

Zu hoffen wäre jedenfalls, daß Kreisky Schuß nach hintenlosgeht. Ist es einmal gelungen, nen Vorstoß des Kapitals so schnell "unschädlich" zu machen, warum soll es nicht weiterhin so gehen? Bei den nächsten Teuerungsmaßnahmen etwa, oder bei den nächsten Lohnverhandlungen. Die Betriebsräte der großen verstaatlichten Betriebe haben gezeigt, wie schnell sie eine öffentliche Meinung für die Arbeiter schaffen können - wenn Kreisky will. Vielleicht geht es aber auch, wenn Kreisky nicht will? Die Arbeiter sollten es ruhig einmal probieren.......

Die beste Staatsform - selbstverständlich die, unter der wir leben müssen. Aus den "Blättern zur politischen Bildung an Berufsschulen"

Unterricht in Mitverantwortung



"Miterleben, mitgestalten, mitverantworten" heißen die "Arbeitsblätter zur politischen Bildung an Berufsschulen". Die Linie, auf der die politische Bildung der Lehrlinge verlaufen soll, ist damit wohl eindeutig festgelegt. Gleich eines der ersten Lehrbeispiele in diesen Blättern dient der Einübung der Mitverantwortung:

"Üben Sie sich in Meinungsbildung!

Problem 1: Soll der Preis für 1 kg Brot gleichbleiben oder um S 2,- erhöht werden?"

Doch nicht ihre Meinung zur Brotpreiserhöhung sollen die künftigen Mitverantworter in das Arbeitsblatt eintragen, sie sollen nur ankreuzeln, welche Fakten sie glauben kennen zu müssen, um die Frage "objektiv zu entscheiden. Die Liste von Fakten, die vorgegeben werden, ist äusserst interessant:

* Preis für Brotgetreide
* Bäckereiarbeiterlöhne
* Gegenwärtiger Brotpreis
* Lebenshaltungskostenindex
* Zahl der Streikstunden im letzten Jahr.
* Zahl der Mindestrentenempfänger in Österreich.
* Höhe der Mindestrente
* Anzahl der Bäckereien in Österreich.
* Gewinnspanne bei Brot
* Stützung des Brotpreises durch staatliche Subventionen
* Menge des verkauften Brotes in einem Jahr

Nur eine Frage wird leider übergangen in diesem schönen Fragenkatalog: "Wie hoch ist der Lohn deiner Eltern und wieviele Tage vor dem Ersten sind sie mit dem Wirtschaftsgeld am Ende?"

Eine Aufgabe für unsere Leser: Üben Sie sich in Meinungsbildung!

Von welchem Standpunkt aus sollen die Berufsschüler politische Fragen entscheiden lernen:

* Vom Standpunkt der Unternehmer
* Vom Standpunkt eines reformistischen Regierungspolitikers
* Vom Standpunkt eines treuen Dieners des Kapitals

Ihnen fehlt noch ein Standpunkt? Der kommt im Berufsschulunterricht nicht vor.

Zum 80. Geburtstag von F.C.Weiskopf

Vor 80 Jahren, am 3.April 1900, wurde in Prag Franz Carl Weiskopf geboren - einer der am wenigsten bekannten revolutionären Schriftsteller des deutschen Sprachraums. Die bürgerlichen Machthaber der DDR, wo Weiskopf nach dem 2.Weltkrieg seine Wahlheimat fand, haben sein Werk heute, 25 Jahre nach seinem Tod, ebensowenig verdaut wie die westdeutsche Bourgeoisie. Daher schweigen sie es hüben wie drüben so weit als möglich tot.

Das größte Interesse daran allerdings hat jene Klasse, gegen die sich ein wesentlicher Teil des Weiskopf'schen Werkes richtet,die österreichische Bourgeoisie. Seit jeher verbreitet sie und läßt verbreiten, welch ein Segen das Habsburgerreich für die darin zusammengefaßten Nationen gewesen sei, laufend landab wird auch heute die Mär vom gütigen Kaiser Franz Joseph erzählt und von seiner "Großzügigkeit" gegenüber den Nationalitäten der Monarchie. F.C.Weiskopf hat - im Gegensatz zu den bürgerlichen Literaten seiner Zeit, die österreichische Bourgeoisie seit jeher als herrschende Klasse einer Unterdrückernation angegriffen und in seinen Werken den Kampf der von Österreich unterdrückten Nationen um nationale und soziale Befreiung ebenso dargestellt wie die Arbeiterklasse zum proletarischen Internationalismus erzogen. Seine nicht beendete Romantrilogie:"Abschied vom Frieden", "Inmitten des Stroms", "Welt in Wehen", vermittelt wie kaum ein anderes literarisches Werk Einblick in die Triebkräfte des Zusammenbruchs des Habsburgerreichs und der Perspektive für die Zukunft ausgehend vom Klassenstandpunkt des Proletariats. Nicht zufällig gehört Weiskopf zu den Gründungsmitgliedern der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.



Franz Carl Weiskopf

Selbst Angehöriger der deutschsprachigen Unterdrückernation hat Weiskopf nicht nur durch Übersetzung und Nachdichtungen dazu beigetragen, die Kultur der slawischen Völker bekannt und verständlich zu machen, sondern darüberhinaus überall, wo es ihm möglich war, zur internationalen Völkerverständigung und zur gegenseitigen Unterstützung der internationalen Arbeiterklasse beigetragen. Seine kurze Zeit als Botschafter der DDR in China zu Beginn der 50-er Jahre nutzte er zu umfangreichen Nachdichtungen revolutionärer chinesischer Lyrik (ein Beispiel davon siehe Kasten), so wie er während des erzwungenen Exils in der Nazizeit den antifaschistischen Kampf v.a. der europäischen Arbeiterklassen und Völker unterstützte und ihnen ein literarisches Denkmal setzte, wie z.B. in der Anekdote "Schatten und Sonne"




Schatten und Sonne

Der erste, den das nach dem blutigen Februar 1934 gegen die Wiener Arbeiter eingesetzte Standgericht abzuurteilen hatte, war der Gärtner Münichreiter, ein schmächtiger Mann, dem eine Maschine die linke Hand und eine lange Arbeitslosigkeit die Lunge verkrüppelt hatten. Er war bei den Kämpfen im Stadtbezirk Hietzing von den Regierungstruppen mit zerschmetterter Hüfte und durchgeschossenem Arm hinter einer zerstörten Barrikade aufgelesen worden und wurde, nachdem der Polizeiarzt festgestellt hatte, daß er verhandlungsfähig sei, weil nach dem Gesetz nur schwere Erkrankungen, nicht jedoch schwere Verwundungen einen Vertagungsgrund darstelle, vom Standgericht zum Tode durch den Strang verurteilt.

Auf derselben Tragbahre, auf der man ihn in den Gerichtssaal getragen hatte, wurde er auch zum Galgen geschafft. Er starb als ein Mann, mit dem Lied von der Fahne rot auf den Lippen.

Bei der Witwe sprach wenige Tage später eine Dame der besten Wiener Gesellschaft vor, eine Abgesandte des "Hilfskomitees für die Hinterbliebenen getöteter Arbeiter", das von der Frau des "christlichen Bundeskanzlers", desselben, der auf die Arbeiter hatte schießen und elf von ihnen hinrichten lassen, geleitet wurde. Als die Dame eine Geldspende anbot und vorschlug, die Münichreiterkinder in einem Heim unterzubringen, wo es ihnen, wie sie sagte, unvergleblich besser gehen werde als zu Hause, "im Schatten des Gerichteten", erwiderte die Mutter, sie verstehe zwar nicht ihre Worte nicht so wohl zu setzen wie ihr ungebetener Besuch, aber sie wisse, daß die Kinder in diesem Schatten zu aufrichtigeren und wertvolleren Menschen aufwachsen dürften als in der Sonne einer Gnade, die von Arbeitermördern komme. Sprach's, öffnete die Türe und drehte der Dame den Rücken.

Wie man Arbeiteraristokraten erzieht

Arbeiteraristokraten wachsen auch nicht von alleine heran, die muß man schon fördern und erziehen.

Auch darum kümmert sich die Industriellenvereinigung. Von sechs Kursen des Bildungswerks der Industrie sind drei ausdrücklich für Betriebsräte bestimmt.

Im Grundlagenseminar werden sie in die wichtigsten Prinzipien unternehmerischen Denkens eingeführt. Unter anderem werden die verschiedenen Wirtschaftssysteme durchgenommen und die Vorteile des Kapitalismus gegenüber allen anderen Systemen gebührend herausgearbeitet. Besonderes Gewicht wird auf die "Wirtschaftspolitik in der Marktwirtschaft" gelegt, weiter auf die "Produktionsfaktoren", die gemeinsam die Werte schaffen, und die bekanntlich aus Naturschätzen, Kapital und Arbeit bestehen, von denen keines fehlen darf.

Schließlich muß ein Betriebsrat noch wissen, wie die "Preisbildung im Unternehmen" vor sich geht, damit er das nötige Verständnis für die Probleme der Kapitalisten aufbringen lernt.

Vertieft wird besonders der letzte Gesichtspunkt dann im "Aufbauseminar für Betriebsräte", wo vier Tage lang "Kostendenken im Betrieb" gelehrt wird. Hier muß sich der Betriebsrat zuallererst mit dem Grundproblem der Unternehmer vertraut machen, das darin besteht, ständig die Kosten senken zu müssen. Daß zu den gewichtigsten Kosten die Löhne der Arbeiter gehören, muß natürlich Konsequenzen haben, die auch ein Betriebsrat anerkennen muß. Denn das ist ja klar, so unvernünftig, einfach eine Lohnerhöhung zu verlangen, wenn die Kollegen zu ihm kommen und ihm mitteilen, daß der Lohn schon wieder nur bis zum 20. reicht, kann nur ein ungeschulter Betriebsrat sein, der von Volkswirtschaft eben nichts versteht.

Gekrönt wird das Ausbildungsprogramm durch ein "Computerplanspiel für Betriebsräte", wo der Betriebsrat lernt, in jeder Frage seinen Standpunkt nach Belieben und beliebig oft zu wechseln: beim "Volkswirtschaftsplanspiel ÖKO" dürfen die Betriebsräte lernen, nacheinander Entscheidungen vom Standpunkt der Regierung, vom Standpunkt der Unternehmer, vom Standpunkt der "Arbeitnehmer" und vom Standpunkt der "Konsumenten" aus zu treffen.

Denn es ein guter Arbeiteraristokrat muß immer alle Seiten sehen und die Dinge von einem übergeordneten Standpunkt aus betrachten können.

Die Kurse sind gar nicht billig, so ein Viertagekurs im Berghotel Tulbingerkogel kostet ohne Hotelkosten schon 1100,- Schilling. Aber das muß es einer Firma schon wert sein, ihren Betriebsräten solche Kurse zu finanzieren.

Und wer wird sich schon weigern, vier Tage gratis auf dem Tulbingerkogel oder im Kurhotel Gutenbrunn in Baden bei Wien zu verbringen.

Wenn sie sich auch sonst immer über steigende Kosten beklagen, das ist für die Unternehmer immer noch drin, einige wenige Arbeiter zu bestechen, um die übrigen dann mit ihrer Hilfe um so besser niederhalten zu können.